

„Der Feind steht links!“

Das Jahr 1929: Kapitaloffensive gegen Demokratie und Arbeiterbewegung

von Reiner Zilkenat, Vortrag bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg (April 2009)

„Der Feind steht links!“ – über die gesamte Titelseite der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ prangte diese provokatorische Überschrift am 17. November 1929.¹ „Der Feind steht links!“ – diese Formulierung war als sehr ernst gemeinte Kampfansage der Herrschenden an die Adresse der Arbeiterorganisationen und der linksbürgerlichen Kräfte gewählt worden.

Die Herrschenden – das waren weniger die Regierenden im Reichskanzleramt und in den Ministerien in Berlin als vielmehr die Direktoren und Aufsichtsräte der Industrie- und Bankkonzerne. Der sprichwörtlich gewordene Titel des Romans von Theodor Plievier: „Der Kaiser ging, die Generäle blieben“, ließ sich auch auf die Unternehmerschaft beziehen. Auch sie waren geblieben und hatten – bekanntlich mit Erfolg – versucht, die revolutionäre Nachkriegskrise unbeschadet zu überstehen.

Die meisten von ihnen betrachteten die bürgerlich-parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik mit größtem Misstrauen, wenn nicht mit Abscheu und interpretierten sie im Prinzip nur als Transitorium, als eine „Republik auf Zeit“.² Was genau an ihre Stelle treten sollte – zum Beispiel ein faschistisches Regime wie im Italien Mussolinis; die Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie; eine Art Militärdiktatur; ein scheinparlamentarisches, autoritäres Regime, das mit Hilfe von Notverordnungen des Reichspräsidenten die Geschäfte führt oder ein Ständestaat – das alles war am Ende der zwanziger Jahre unter den Schlotbaronen und Bankiers noch höchst strittig.

Ziele der Kapitaloffensive

Ungeachtet dessen gab es unter ihnen grundsätzliche Übereinstimmungen über einige der angestrebten politischen Ziele, die zum Ausgangspunkt der jetzt einsetzenden Kapitaloffensive wurden.

Erstens sollten die Arbeiterorganisationen politisch ausgeschaltet werden.

Dabei ging es sowohl um die KPD, die ständig die „Systemfrage“ stellte und letztlich auf die Herstellung einer „Diktatur des Proletariats“ orientierte, als auch um die Sozialdemokratie, deren Politik auf Reformen innerhalb der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, auf die schrittweise Verbesserung der Lage der Arbeitenden durch staatliche Sozialpolitik ausgerichtet war.

Es muss in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass in keinem anderen kapitalistischen Land die kommunistische Partei eine derart starke politische Position inne hatte, wie dies in der Weimarer Republik der Fall war. Die KPD war nach der KPdSU (B) die mit Abstand größte und einflussreichste Kraft innerhalb der kommunistischen Weltbewegung, ein Zustand, den die herrschende Klasse und ihre Politiker selbstverständlich so schnell als möglich ändern wollten.

Bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 gewann die SPD insgesamt 9,1 Millionen Wählerstimmen (29,8 Prozent) und errang 153 Mandate. Für die KPD votierten 3,3 Millionen Wählerinnen und Wähler (10,6 Prozent), sie entsandte 54 Abgeordnete in den Reichstag. Im

¹ Deutsche Arbeitgeber-Zeitung. Zentralblatt für die deutschen Arbeitgeber, Nr. 46, 17.11.1929, S. 1
Herausgeber dieser Zeitung war die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, an deren Spitze der Berliner Großindustrielle Ernst v. Borsig stand.

² Vgl. hierzu u.a.: Michael Schneider, Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918 bis 1933, Bonn 1975 sowie die Periodika der maßgeblichen Unternehmerverbände, nicht zuletzt die Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ und die schon zitierte „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, die von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände herausgegeben wurden. Vgl. den Anhang, Nr. 9, 14, 18 u. 19.

Ergebnis der Wahlen stellte die SPD mit Hermann Müller den Reichskanzler und drei Minister einer Großen Koalition, nämlich Carl Severing (Inneres), Rudolf Wissell (Arbeit) und Dr. Rudolf Hilferding (Finanzen), während die KPD zu einer starken parlamentarischen Kraft avanciert war. Zusammen kamen die beiden Arbeiterparteien auf mehr als 40 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen – ein unübersehbarer „Linksruck“, der die Monopolbourgeoisie in höchste Unruhe versetzte.³ Daraus ergab sich als Konsequenz, dass die Koalition mit der SPD von den bürgerlichen Parteien, besonders vom rechten Flügel der Deutschen Volkspartei (DVP), der dezidiert die Interessen des Großkapitals vertrat, als aus der Not geborene „Vernunfthe“ verstanden wurde, die es möglichst rasch zu beenden galt.

Die KPD, ihre Presseorgane und „Vorfeldorganisationen“ (zum Beispiel: Roter Frontkämpferbund, Kommunistischer Jugendverband, Rote Hilfe) sollten dagegen mit Repressionen, bis hin zu Verboten reichend, überzogen werden, um ihre Tätigkeit nach Möglichkeit zu erschweren und einen weiteren Anstieg ihrer Anhänger- und Wählerschaft zu verhindern. Dass dabei führende sozialdemokratische Politiker wie Carl Severing (Reichsinnenminister) und Albert Grzesinski (Preußischer Innenminister) sowie Polizeipräsidenten vom Schlage eines Karl Zörgiebel (Berlin) tätig mitwirkten, ja die Initiative ergriffen, trug sehr erheblich zur Erbitterung vieler Kommunisten gegenüber der SPD und zur Spaltung der Arbeiterschaft in einer Situation bei, wo nichts dringlicher als ihr Zusammenwirken gewesen wäre.

So schrieben die „Deutschen Führerbriefe“, ein streng vertraulich unter Industriellen vertriebener, stets hervorragend informierter Pressedienst, hämisch nach dem Berliner „Blutmai“: „Wie wertvoll, dass es fast überall sozialistische Polizeipräsidenten sind, die heute die Verantwortung für Ordnung und Sicherheit tragen. Wir fürchten, die Autorität des Staates hätte es noch schwerer in der öffentlichen Meinung, wenn ihre Verteidigung in der Hauptsache in den Händen zwar sachkundiger, aber überwiegend rechts stehender Polizeioffiziere läge.“⁴ Und in der Tat war das beispiellos brutale Vorgehen der Polizei am 1. Mai 1929 in Berlin, dem insgesamt 32 Tote, darunter 7 Frauen, zum Opfer fielen, ein unerhörter Skandal, der vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel zu verantworten war und mit keinerlei Argumenten gerechtfertigt werden konnte.⁵

Zweitens ging es den Exponenten des Monopolkapitals um die rückhaltlose Wiederherstellung des „Herr-im-Hause-Standpunktes“, wobei als „Haus“ nicht nur das eigene Unternehmen, sondern „ihr“ Staat verstanden wurde, der ihrer Auffassung nach zu viele Kompromisse zu Gunsten der Arbeitenden eingegangen war: In der Kritik standen die Einführung des Acht-Stunden-Arbeitstages; die Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes; die Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Tarifpartner; der Einsatz großer finanzieller Mittel, vor allem der Kommunen, für den Wohnungsbau sowie die Schaffung von Volksparks, Sportstätten und anderen Freizeiteinrichtungen für die Arbeitenden; der Rechtsanspruch für Erwerbslose auf die Zahlung staatlicher Unterstützung; der Einsatz staatlich bestimmter Schlichter bei Gefahr des endgültigen Scheiterns von Tarifverhandlungen – um nur diese Beispiele zu nennen.

Drittens existierte ein grundsätzlicher Konsens innerhalb der deutschen Monopolbourgeoisie darüber, dass langfristig ein zweiter „Griff nach der Weltmacht“ vorbereitet werden müsse. Zunächst galt es, die „Fesseln von Versailles“ abzustreifen, die der Weimarer Republik nur ein 100.000-Mann-Heer gestatteten. Zugleich musste außenpolitisch alles verhindert werden, um die Grenzen im Osten Deutschlands gegenüber der Tschechoslowakei und Polen

³ In den beiden größten deutschen Städten, in Berlin und Hamburg, gewannen beide Arbeiterparteien bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 zusammen sogar 57,6 Prozent (Berlin) bzw. 53,4 Prozent (Hamburg) der Stimmen. In Berlin: SPD 32,9 Prozent, KPD 24,7 Prozent; in Hamburg: SPD 36,6 Prozent, KPD 16,8 Prozent.

⁴ Deutsche Führerbriefe. Politisch-wirtschaftliche Privatkorrespondenz, 2. Jg., 1929, 7.5.1929, S. 1. Zum Berliner „Blutmai“ vgl. Léon Schirmann, Blutmai Berlin 1929. Dichtungen und Wahrheit, Berlin 1991.

⁵ Vgl. ebenda, S. 335ff. die Liste der Getöteten. Demzufolge gehörte nur einer von ihnen der KPD und dem RFB an, 2 waren Mitglieder der SPD.

völkerrechtlich anzuerkennen.⁶ Diese Komponente der Kapitaloffensive war sicherlich sekundär, darf aber nicht ungenannt bleiben. Nur ein autoritäres Regime konnte imstande sein, die notwendigen innen- wie außenpolitischen Voraussetzungen zu schaffen, um die geplante Expansion des deutschen Imperialismus, vorzugsweise in Richtung Osten, vorzubereiten und zu vollziehen. Die symbolträchtigen Beschlüsse der Mehrheit des Reichstages, darunter auch der sozialdemokratischen Fraktion, in den Jahren 1928/29, den Bau eines 10.000 BRT großen Panzerkreuzers zu finanzieren, gehörten in diesen Zusammenhang.⁷

Die Massenaussperrung an Rhein und Ruhr

Zweifelsohne hatte es seit der Revolution von 1918/19 immer wieder Versuche gegeben, die politischen Verhältnisse ganz und gar den Bedürfnissen des Monopolkapitals anzupassen, aber Ende 1928 begann eine zielgerichtete, systematische und mit einem entsprechenden publizistischen Trommelfeuer versehene Kampagne mit dem Ziel, die sozialen und politischen Errungenschaften der Weimarer Republik sukzessive abzuschaffen und damit den politischen Einfluss der Arbeiterorganisationen weitestgehend zu eliminieren. Der Begriff „Kapitaloffensive“ scheint deshalb für die jetzt einsetzenden Handlungen des deutschen Monopolkapitals einzig angemessen zu sein.

Den spektakulären Beginn dieser Kampagne bildete die Aussperrung der 213.000 Arbeiter in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie im November 1928 („Ruhreisenstreit“), nachdem ein vom Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell (SPD) für verbindlich erklärter Schiedsspruch, der lediglich eine Erhöhung der Stundenlöhne um 2 bis maximal 6 Pfennige und die Beibehaltung der 57-Stunden-Arbeitswoche beinhaltete, von den Industriellen provokatorisch abgelehnt worden war.⁸

Die Metallindustriellen machten wider besseres Wissen geltend, dass ihre Kosten mittlerweile derart in die Höhe geschwollen seien, dass sie außerstande wären, die Stundenlöhne auch nur um einen Pfennig zu erhöhen, an eine Senkung der Arbeitszeiten sei gar nicht erst zu denken. Insgesamt sei ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährdet wie noch nie.

In einem Flugblatt der KPD vom 1. November 1928 wurden die tatsächlichen Ziele der nordwestdeutschen Metallindustriellen zutreffend analysiert: „Nicht nur im Augenblick brauchen sie Hungerdiktate gegen die Arbeiter. Zur Durchführung ihrer imperialistischen Machtpläne brauchen sie ‚Kirchhofsruhe‘ im Hinterland auf Jahre hinaus. Ruhe wollen sie haben vor den ‚ewigen Lohn- und Arbeitszeitforderungen‘ der Arbeiter. Tarifverträge mit einer Laufdauer von mehreren Jahren! Es ist deshalb ein Kampf Klasse gegen Klasse, der im Westen Deutschlands entbrannt ist. Es ist eine politische Kraftprobe, die der entscheidende Teil der deutschen Industrien in offener Schlacht zu ihren Gunsten entscheiden will.“⁹

⁶ Vgl. Wolfgang Ruge, Die Außenpolitik der Weimarer Republik und das Problem der europäischen Sicherheit 1925-1932, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 22. Jg., 1974, H. 3, S. 273ff.; Michael Salewski, Zur deutschen Sicherheitspolitik in der Spätzeit der Weimarer Republik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 22. Jg., 1974, H. 2, S. 121ff.; derselbe, Das Weimarer Revisionssyndrom, in: aus politik und zeitgeschichte, 18.1.1980, S. 14ff.

⁷ Vgl. Karl Nuß, Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle und Entwicklung der Reichswehr, Berlin-DDR 1977, S. 210ff.

⁸ Zum „Ruhreisenstreit“ und seiner strategischen Bedeutung für die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit in der Endphase der Weimarer Republik vgl. Michael Schneider, Unternehmer und Demokratie, S. 76ff.; Bernd Weisbrod, Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978, S. 415ff.; Hans Mommsen, Aufstieg und Niedergang der Republik von Weimar 1918-1933, München 2001 (Taschenbuchausgabe), S. 324ff. Wichtige Quellen zum Thema sind abgedruckt in: Das Kabinett Müller II. 28. Juni 1928 bis 27. März 1930, bearb. von Martin Vogt, Boppard am Rhein 1970, Bd. I, u.a. S. 181ff., 212ff., 230ff., 250ff., 264ff., 297f.

⁹ Zitiert nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1924-1929, hrsg. v. Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, Berlin-DDR 1975, Nr. 65, S. 99.

Albert Vögler, der Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke AG, des größten schwerindustriellen Konzerns in Europa, veranlasste schließlich den Reichsinnenminister Carl Severing (SPD), das Amt eines Sonderschlichters anzunehmen.¹⁰ Sein für allgemeinverbindlich erklärter Schiedsspruch, der am 21. Dezember 1928 verkündet wurde und dem sich die Tarifparteien von vornherein unterworfen hatten, gewährte den Metallarbeitern an Rhein und Ruhr nur minimale Erhöhungen ihrer Tariflöhne, die Wiedereinführung des Acht-Stunden-Arbeitstages war gescheitert. Die Kraft der KPD, zu der nur 1.200 der kämpfenden Metaller gehörten, hatte nicht ausgereicht, um eine Niederlage der Metallindustriellen herbeizuführen, während die Führungen der SPD, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) den Imperativen der „Koalitionspolitik“ gefolgt waren, denen die Interessen der Arbeiterschaft, nicht zuletzt ihrer eigenen Mitglieder und Anhänger, sehenden Auges geopfert wurden.

Das wichtigste Resultat der Auseinandersetzung bestand jedoch darin, dass die Arbeitgeber der „Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“, hier gleichsam als Speerspitze und „Scharfmacher“ der deutschen Monopolbourgeoisie agierend, ein Exempel statuiert hatten.¹¹ Die Botschaft, die sich auch an die noch zögernden und kompromissbereiten Kräfte im Unternehmerlager richtete, lautete: Ein Angriff gegen die Interessen und Rechte der Arbeiter und damit zugleich gegen ihre Gewerkschaften, kann erfolgreich sein, wenn vor dem brutalen Mittel einer Massenaussperrung und dem zeitgleichen erpresserischen Handeln gegenüber politisch Verantwortlichen nicht zurückgeschreckt wird.

Übrigens attestierte in einem internen Bericht vom 20. Februar 1929 auch der dem Reichsinnenminister Carl Severing unterstellte „Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung“, dass die Kampfmaßnahmen der Industriellen langfristig geplant worden waren: „Die Aussperrung war zweifellos durch die Unternehmer von langer Hand vorbereitet und bedeutete einen Vorstoß gegen die von ihnen seit langer Zeit heftig bekämpfte Handhabung des Schlichtungswesens.“¹²

Carl Severing erntete für seinen Schiedsspruch reichlich Lob von Seiten der Schlotbarone von Rhein und Ruhr. So formulierte beispielsweise

Dr. Ludwig Grauert, der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der Nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie¹³, am 20. Februar 1929 in einem Vortrag über die „Erfahrungen aus den jüngsten Arbeitskämpfen“ die folgenden, bemerkenswerten Sätze: „Das Ergebnis der Entscheidung Severings hat gezeigt, dass dieses sozialistische Mitglied des Reichskabinetts auf Grund der Lage der Wirtschaft sich veranlasst sah, den Schiedsspruch auf ein Drittel der Belastung und auf ein Zwölftel der bis zum letzten Augenblick von den Gewerkschaften vertretenen Lohnforderungen zu kürzen. Grundsätzlich ist es damit gelungen, den verbindlich erklärten Schiedsspruch durch ein den Gewerkschaften nahe stehendes Mitglied des Kabinetts abzuändern und mit einer Begründung, die die Ausführungen der Arbeitgeber über die wirtschaftliche Lage des Reviers anerkannte.“¹⁴

Bürgerliche Ideologen gegen die sozialen Errungenschaften der Weimarer Republik

¹⁰ Vgl. Bernd Weisbrod, *Schwerindustrie in der Weimarer Republik*, S. 436ff.

¹¹ Als eigentliche Entscheidungsträger auf industrieller Seite identifiziert Bernd Weisbrod, ebenda, S. 441ff., Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Paul Silverberg (Rheinisches Braunkohlensyndikat), Paul Reusch (Gutehoffnungshütte) sowie Fritz Springorum (Hoesch AG).

¹² Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: BArch), R 1507/543, Bl. 206.

¹³ Grauert gehörte unter den Ruhrindustriellen und den Exponenten ihrer Interessenorganisationen zu den besonders engagierten Verfechtern einer möglichst engen Zusammenarbeit mit den Nazis. Die Belohnung hierfür ließ nicht lange auf sich warten: Von 1933 bis 1936 amtierte er als Staatssekretär im Reichsinnenministerium. 1933 beförderte ihn Heinrich Himmler zum SS-Oberführer, im Jahr darauf zum SS-Brigadeführer.

¹⁴ Bundesarchiv (im Folgenden: BA), Zwischenarchiv Hoppegarten, R 13 I/104, Bl. 220. Der Vortrag wurde vor dem Hauptvorstand des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller im Berliner Hotel „Esplanade“ gehalten.

Bemerkenswert ist ferner, dass Grauert seine Zuhörerschaft auf ein spezielles Problem hinwies, dass künftig einer größeren Aufmerksamkeit von Seiten der Monopole bedürfe: Es habe sich herausgestellt, „dass bis in die intellektuell hoch stehenden Kreise die Sympathien auf Arbeitnehmerseite waren, dass Kirchen, Behörden, Universitätsprofessoren sich nicht scheuten, einseitig zugunsten der Arbeitnehmer Stellung zu nehmen, Aufrufe zu erlassen und Sammlungen zu veranstalten.“¹⁵

Professor Dr. Ernst Horneffer, seit 1919 Philosophie-Dozent an der Universität Gießen, griff mit einem Zeitungsartikel, der für so bedeutsam gehalten wurde, dass ihn der „Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ als Sonderdruck an seine Mitglieder versandte, die gleiche Thematik auf. Bedauernd stellt er fest, dass „die wirtschaftlichen Führer der Großindustrie auch in weiten Kreisen des Bürgertums nicht beliebt“ seien. Sie stießen „auf eine zum mindesten stille Gegnerschaft“. Dabei hätte „das deutsche Volk alle Veranlassung, diesen Männern für die unerhörte Arbeit und Anspannung, die sie Tag und Nacht...aufbringen, zu danken.“ Bei der Parteinahme von großen Teilen der Öffentlichkeit für die Arbeiter handle es sich um eine „gefährliche Gefühlsromantik“. Ja mehr noch: Es sei zu konstatieren, dass „in politischer Hinsicht die Arbeiterschaft vor dem Unternehmertum den Vorrang gewonnen“ habe.¹⁶

Die Konsequenzen, die aus diesen Einschätzungen gezogen wurden, ließen sich bald nachvollziehen bzw. nachlesen: das wichtigste Massenmedium, die bürgerliche Presse, vornehmlich der Hugenberg – Konzern (u.a. Scherl Verlag, Telegraphen Union), wurde seit Ende 1928 in immer stärkerem Maße zum publizistischen Lautsprecher der Kapitaloffensive. Gazetten wie zum Beispiel der „Berliner Lokal-Anzeiger“, die „Berliner Börsen-Zeitung“, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ – von der Wirtschaftspresse ganz zu schweigen – nahmen sich willfährig der Aufgabe an, diejenigen Teile des Bürgertums, deren emotionale Hinwendung zu den Arbeitern beim „Ruhreisenstreit“ Grauert und Horneffer beklagt hatten, in ihren Kolumnen auf die politischen Zielsetzungen der Kapitaloffensive auszurichten. Über eine entsprechende „Artikeldienste“ gelangten entsprechende Beiträge massenhaft an die damals noch zahlreich existierende regionale und lokale Presse.

Gleiches galt für die Flut von Büchern und Broschüren, in denen der „Nachweis“ geführt wurde, dass eine Abkehr von der vermeintlich nicht länger finanzierbaren, „leistungshemmenden“ und die Wirtschaft über jedes zumutbare Maß hinaus belastenden Sozialpolitik ebenso nötig sei wie ein Verzicht auf Lohnerhöhungen und die Verabredung längerer Arbeitszeiten, während den Unternehmen unverzüglich steuerliche Entlastungen gewährt werden müssten.

Löhne und Gehälter sollten weitgehend ohne die Möglichkeit ausgehandelt werden, dass der Staat durch Schlichter seinen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen geltend machen könnte. Letztlich sollten Lohndiktate der Arbeitgeber die bislang mit den Gewerkschaften ausgehandelten Tarife ablösen. Zugleich wurde mit dem Schlagwort „Reichsreform“ für eine „Vereinfachung“ der Verwaltung und „weniger Staat“ geworben, um dadurch angeblich die Staatshaushalte zu entlasten. Weiterhin sei die Eigenständigkeit Preußens zu beenden, das von den Sozialdemokraten unter dem Ministerpräsident Otto Braun regiert wurde; seine Ministerien müssten „aus Ersparnisgründen“ mit denen des Reiches zusammen gelegt werden. Kurzum: Die politische wurde von einer ideologischen Kapitaloffensive begleitet, deren Einflüsse auf das Massenbewusstsein nicht unterschätzt werden durften.

Zu den „Bestsellern“ des Buchmarktes in den Jahren 1928/29 gehörten unter anderem der von Gustav Hartz¹⁷ verfasste Band „Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen

¹⁵ Ebenda, Bl. 221.

¹⁶ Ernst Horneffer, Grundsätzliches zum Lohnkampf im Westen, veröffentlicht im „Giessener Anzeiger“ (ohne Datum), Sonderdruck, in: BA, Zwischenarchiv Hoppegarten, R 13 I/217, Bl. 42.

¹⁷ Gustav Hartz war gelernter Kaufmann, engagierte sich im faschistoiden „Deutschen Handlungsgehilfenverband“, u.a. als dessen „Gauvorsteher“ in Bremen, und war 1924 kurzzeitig

Freiheit“ sowie aus der Feder des schon erwähnten Ernst Horneffer: „Frevel am Volk. Gedanken zur deutschen Sozialpolitik“. Beginnen wir mit den „Irrwegen“ von Gustav Hartz. Sein Ausgangspunkt waren die volkswirtschaftlich negativen Wirkungen der gesetzlichen Sozialversicherungen, bei denen es sich um „staatlichen Kommunismus“, wenn auch „im verkleinerten Maßstabe“¹⁸ handele. Besonders gegen die Krankenversicherung zog der Autor zu Felde: Sie untergrabe „die Mannhaftigkeit“ und führe „zu körperlicher und seelischer Verweichlichung“¹⁹, ja sogar zu einer „moralischen Entartung“.²⁰ Eine besonders kritisierenswerte Erscheinungsform dieser „Entartung“ – so Gustav Hartz – sei „der oft beklagte Verfall des deutschen Familiensinns“.²¹ Gerade die Familie sei aber der geeignete Ort sozialer Hilfe, denn „die stärkste Bindung liegt durch Blut, Abstammung und Schicksal in der Familie.“²²

An die Stelle staatlich organisierter Sozialversicherung müssten „jeder Lohn- und Einkommenssteuerpflichtige zur selbstverantwortlichen Selbsthilfe gezwungen werden“.²³ Dabei hätten auch die Gewerkschaften ein neues Betätigungsfeld zu beackern: „Lasst das Suchen nach Ideen, das Nachjagen nach eingehämmerten Glaubenssätzen, das Ausknobeln wieder neuer sozialer ‚Verbesserungen‘, gebt dem gesunden Sinn und dem natürlichen Egoismus sein Recht.“²⁴

Am Rande bemerkt: Wer denkt angesichts solcher Aussagen nicht an die „Subsidiaritäts-Doktrin“ des modernen Neoliberalismus, frei nach dem Motto: „Jeder ist sich selbst der Nächste“.

Auch Ernst Horneffer argumentierte grundsätzlich gegen die Beibehaltung der erkämpften sozialpolitischen Errungenschaften und entwarf ein wahres Schreckensszenario, falls es hier keine Umkehr gebe: „Der sittliche Geist unseres Volkes hat unter dem Einfluss dieser Gesetzgebung schwere Einbuße erlitten. Die Wirtschaft bricht unter den Lasten dieser Gesetzgebung fast zusammen.“²⁵ Bei der Sozialgesetzgebung handle es sich – hier noch schärfer argumentierend als Hartz – um „offenbaren Kommunismus, aber mit den furchtbarsten und verwüstenden Folgen“.²⁶ Sie habe den Willen zur Arbeit abgetötet. Man begegne „in unserem Volke vielfach einem wahren Hass auf die Arbeit“.²⁷ Für Horneffer ist vor allem die Einführung des Acht-Stunden-Arbeitstages ein schlimmer Frevel gewesen: „Ich empfinde die Begrenzung der Arbeitszeit auf acht Stunden für die Angestellten und Arbeiter als eine schreiende Ungerechtigkeit, als Ausbeutung. Kann ein beschäftigter Arzt oder Anwalt etwa mit acht Stunden auskommen? Oder ein strebsamer und fleißiger Handwerker, der es zu etwas bringen will? Oder ein Kaufmann?(...) Das Bürgertum muss mit höchster Überanstrengung einholen und nacharbeiten, was der andere Volksteil durch zu wenig Arbeit verabsäumt.(...)Der Achtstundentag...ist ein Ausnahmegesetz. Man braucht nur noch einen Schritt weiter zu gehen, dann hat man den vollen, krassen Bolschewismus.“²⁸

Bei der Bewertung der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung verschlug es Horneffer fast die Worte: „Die entsetzliche, verheerende Wirkung dieses Gesetzes ist so ungeheuerlich, dass man vor Staunen sprachlos wird. In welch’ eine wahnwitzige Zeit ist man verschlagen!“²⁹

Reichstagsabgeordneter für die Deutschnationale Volkspartei.

¹⁸ Gustav Hartz, Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit, Berlin 1928, S. 18.

¹⁹ Ebenda, S. 25.

²⁰ Ebenda, S. 28.

²¹ Ebenda, S. 57.

²² Ebenda, S. 223.

²³ Ebenda, S. 146.

²⁴ Ebenda, S. 170.

²⁵ Ernst Horneffer, Frevel am Volk. Gedanken zur deutschen Sozialpolitik, Leipzig 1929 u.ö., S. 9.

²⁶ Ebenda, S. 11.

²⁷ Ebenda, S. 17.

²⁸ Ebenda, S. 19.

²⁹ Ebenda, S. 43.

Nötig sei es, anstatt die Lebensrisiken durch eine staatliche Sozialpolitik abzumildern, wieder die „natürlichen Triebkräfte“ menschlicher Existenz zu erkennen und fruchtbar werden zu lassen: „Nämlich die Armut und deren Folgen, der Hunger, diese unheimlichen Gespenster, sind die unentbehrlichen Triebkräfte des Menschenlebens. Wenn die Menschen nicht mehr von der Angst vor Armut und Hunger getrieben werden, wenn diese Peitsche der Not und des Zwanges nicht mehr hinter ihrem Rücken droht, dann tun sie nichts mehr, dann erschlaffen sie, dann erlahmt und erlischt ihre Arbeitskraft.“³⁰

Die Anschlussfähigkeit solcher Anschauungen zu originär faschistischem Gedankengut dürfte außer Frage stehen.

Beide Autoren erzielten mit ihren Büchern und Broschüren hohe Auflagen, die wichtigsten Tageszeitungen veröffentlichten ausführliche Rezensionen, sie wurden ein ums andere Mal zu Vortragsveranstaltungen gebeten und publizierten ihre Anschauungen vor allem in Artikeln, die in diversen Zeitungen und Zeitschriften abgedruckt wurden. Was manch' ein Industrieller oder Bankier öffentlich (noch) nicht oder nur in verklausulierter Form auszusprechen wagte – dem Monopolkapital willfährige Publizisten und Wissenschaftler vom Schlage eines Gustav Hartz oder Ernst Horneffer formulierten es ohne jede taktisch bedingte Rücksichtnahme.

1929 war aber zugleich ein Jahr, in dem die Monopolherren in wachsendem Maße selbst Farbe bekennen mussten. Die von ihnen initiierte Kapitaloffensive gestattete es nicht länger, sich vornehm hinter den Büchern und Artikeln vorgeschobener Ideologen zu verstecken. Es bestand die Notwendigkeit, sich selbst an die Öffentlichkeit zu wenden und ein Programm zu präsentieren, das ihre Forderungen unmissverständlich und in einer eingängigen Weise zusammenfasste, es gleichsam „auf den Punkt brachte“.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie gibt die Parole „Kapitalbildung“ aus

Um ein solches Programm vorzubereiten, tagte am 20. und 21. September 1929 in Düsseldorf die Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI).

Hierbei handelte es sich um die mit Abstand einflussreichste Interessenorganisation des deutschen Kapitals, in der unüberhörbar die mächtigsten Monopolherren des Landes den Ton angaben, es war „das Gremium der wirklichen Beherrscher Deutschlands“³¹, wie es der kommunistische Reichstagsabgeordnete Dr. Theodor Neubauer ausdrückte.

Als Präsident amtierte seit 1925 Carl Duisberg, Aufsichtsratsvorsitzender der IG-Farben, des größten europäischen Chemiekonzerns. Im Präsidium des RDI trafen sich unter anderem Carl-Friedrich von Siemens, Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens-und-Halske- sowie der Siemens-Schuckert-Werke AG; Paul Silverberg, Generaldirektor des Rheinischen Braunkohlensyndikats, des weltweit größten Produzenten von Braunkohlen, Aufsichtsratsmitglied unter anderem bei der AEG, der Philipp Holzmann AG und den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken AG (RWE) ; Ernst von Borsig, Großindustrieller aus Berlin und zugleich Vorsitzender der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Paul Reusch, Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte AG und Aufsichtsratsmitglied unter anderem der Deutschen Bank sowie der schon erwähnte Albert Vögler, Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke.

Die wichtigste Aufgabe des RDI bestand darin, eine gemeinsame Strategie der deutschen Großindustrie zu formulieren, wobei die mitunter auseinander strebenden ökonomischen Interessen einzelner Konzerne und Monopolgruppen – etwa hinsichtlich der Abhängigkeit von Exporterlösen – in Rechnung zu stellen waren. Es ging stets darum, einen Kompromiss zu formulieren, der die politischen Gemeinsamkeiten, den jeweiligen Grundkonsens, hervorhob, ohne dadurch die Schlagkraft dieser mächtigen Organisation zu beeinträchtigen.³²

³⁰ Ebenda.

³¹ Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Bd. 426, 4. Wahlperiode, 1928/1930, 115. Sitzung, 13.12.1929, S. 3544B.

³² Es ist an dieser Stelle nicht der Platz, um auf die Monopolgruppentheorie näher einzugehen, die das Handeln der deutschen Monopolbourgeoisie, gerade in der Zeit der Weltwirtschaftskrise, als Auseinandersetzung von

Für diese Aufgabe war vor allem Ludwig Kastl zuständig, das Geschäftsführende Präsidiumsmitglied, der als ehemaliger Ministerialrat und Leiter der Reparationsabteilung im Reichsfinanzministerium (1921 bis 1925) über die notwendigen Verbindungen zur Ministerialbürokratie und zahlreichen Politikern unterschiedlicher Parteizugehörigkeit verfügte.

Die Tagung des RDI in Düsseldorf eröffnete Carl Duisberg mit einer Lobeshymne auf das kapitalistische Wirtschaftssystem, das angeblich zu steigenden Reallöhnen und zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt habe und die er mit der heuchlerischen Versicherung würzte, der Reichsverband der Deutschen Industrie werde „an der Neutralität in allen politischen Fragen festhalten“.³³ Doch den „moderaten“ Worten Duisbergs folgten sogleich härtere Töne: Die Ansprachen der anderen Redner waren von einer kompromisslos formulierten Kritik an der staatlichen Sozialpolitik und an der „Macht der Gewerkschaften“ geprägt. Bemerkenswerterweise kamen zwei von ihnen, wie Carl Duisberg, aus den Chefetagen der IG Farben: Dr. Wilhelm Ferdinand Kalle, Mitglied des Verwaltungsrates und Prof. Dr. Paul Duden, Vorsitzender des Direktoriums des Chemiekonzerns. Ersterer beklagte die „Ausstrahlungen der marxistischen Doktrin...bis weit hinein in die Kreise des Bürgertums und der Beamtenschaft“. Unübersehbar sei die „Überspannung des Gedankens der Sozialversicherung“, die „nicht nur zu übertrieben hohen Lasten“, sondern auch dazu führe, dass „das Beste in unserer Volke – der Arbeitswille – bei manchen bereits zu erlahmen beginnt und ein neuer Stand der Rentennutznießer groß gezogen wird“. Nötig sei es vor allem, dass jede „Demokratisierung der Wirtschaft“, wie sie vom ADGB gefordert werde, unterbleibe.³⁴

Sein IG-Farben-Kollege Professor Duden gab in seinem Beitrag die Parole aus, die künftig ganz und gar in den Mittelpunkt des RDI-Forderungskatalogs gestellt wurde: Im Zentrum aller wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen des Staates, aber auch der Inhalte von Tarifverträgen, habe die Förderung der „Kapitalbildung“ für die Unternehmen zu stehen. Deshalb sei „eine mechanische Tarifierhöhung...identisch mit einer Schmälerung der Kapitalbildung“; es könne „der bisherige Weg auf diesem Gebiete der Tarifbildung nicht weiter gegangen werden“. Die von Carl Duisberg eingangs hervorgehobene Erhöhungen der Reallöhne der vergangenen Jahrzehnte, die im Übrigen ausnahmslos von der Arbeiterklasse gegen den oft erbitterten Widerstand der Monopolherren hart erkämpft werden mussten, sollten offenbar keine Fortsetzung mehr finden.

Um jedes Missverständnis über seine Idealvorstellungen zur Festlegung von Löhnen und Gehältern auszuschließen, ließ Duden am Ende seiner Ausführungen die Katze aus dem Sack: vorbildlich sei in diesem Zusammenhang die „magna charta del lavoro“ („Große

zwei deutlich voneinander zu unterscheidenden Gruppierungen interpretiert: eines „wendig-parlamentarischen“ (Chemische und Elektroindustrie) und eines auf Repression nach innen und Aggression nach außen (Eisen- und Stahlindustrie, Bergbau) orientierten Lagers. Vgl. u.a. Kurt Gossweiler, Großbanken-Industriemonopole-Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914-1932, Berlin-DDR 1971; derselbe, Aufsätze zum Faschismus, 2., durchgesehene Aufl., Berlin-DDR 1988, u.a. S. 131ff. u. 624ff. Von westdeutscher Seite: Dirk Stegmann, Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929-1934. Thesen und Materialien zur Restituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und beginnender Rüstungskonjunktur, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, Bd. 6, Frankfurt a.M. 1976, S. 19ff.; Eberhard Heupel, Reformismus und Krise. Zur Theorie und Praxis von SPD, ADGB und AfA-Bund in der Weltwirtschaftskrise 1929-1932/33, Frankfurt a.M. u. New York 1981, S. 99ff. Kritisch hierzu: Eike Hennig, Monopolgruppentheorie in der DDR. Diskutiert an „Großbanken, Industriemonopole, Staat“ von Kurt Gossweiler, in: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 1. Jg., 1973, S. 135ff.; Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, 3., unveränderte Aufl., Darmstadt 1976, S. 19ff.

³³ Vgl. Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 20. und 21. September 1929 in Düsseldorf, Berlin 1929 (Veröffentlichungen des RDI, Nr. 48), S. 13 u. 21.

³⁴ Ebenda, S. 44ff.

Arbeitsverfassung³⁵) des faschistischen Italien, die Streiks strikt untersagte und jede freie Betätigung von Gewerkschaften verbot!³⁵

Nachdem neben anderen Rednern auch Dr. Werner Kehl, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank, und Oskar Sempell, Mitglied des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke und Leiter ihres Berliner Büros, die Forderungen ihrer Kollegen von den IG-Farben nach Kräften unterstützt hatten – sie sprachen sich auch zugunsten weiterer „Zusammenschlüsse“ in der Industrie aus, also für die Weiterführung des Monopolisierungsprozesses, angeblich, um die internationale „Wettbewerbsfähigkeit“ der deutschen Unternehmen zu stärken und wandten sich zugleich gegen die „Überfremdung“ der deutschen Wirtschaft durch ausländische Kapitalbeteiligungen³⁶ – schlug die Stunde des „wissenschaftlichen“ Referenten Dr. Alfred Weber, der zum Thema „Unternehmertum und Kapitalismus“ referierte. Er kritisierte zunächst das gewerkschaftliche Konzept einer „Wirtschaftsdemokratie“, die den Arbeitenden größeren Einfluss auf unternehmerische wie volkswirtschaftlich relevante Entscheidungen, auch hinsichtlich der Investitionen, eröffnen sollte und polemisierte gegen die Existenz der zahlreichen, in öffentlichem Besitz befindlichen Betriebe (zum Beispiel Wasserwirtschaft, Personenverkehr, Energieunternehmen). Schließlich forderte er, „zunächst ein Höchstmaß der Produktivität der Wirtschaft zu erringen“, bevor die Sozialpolitik weiter entwickelt werden könne. Seine Auffassung, der zufolge die „Ansprüche“ der Arbeitenden an die Absicherung ihrer Lebensrisiken weit übertrieben seien, kleidete er in die folgenden, zynisch anmutenden Ausführungen: „Nie war das Streben in unserer Volksseele, Ansprüche zu machen, seine Forderungen zu steigern, weniger Arbeit zu haben und mehr Vergnügen, so groß wie heute.“³⁷

Am Ende der Tagung fasste Carl Duisberg das Ergebnis dahingehend zusammen, dass „es so nicht weiter gehen kann und darf und dass deshalb...ein Sofort-Programm aufgestellt und eiligst durchgeführt werden muss“. Der Reichsverband der Deutschen Industrie und seine Mitglieder müssten „den festen Willen“ haben, „den Knoten zur rechten Zeit durchzuhauen“³⁸.

Das Ergebnis dieser Bemühungen, eine programmatische Denkschrift, sollte im Dezember 1929 das Licht der Welt erblicken und für großes Aufsehen sorgen. Doch in den drei Monaten, die bis dahin vergingen, ereigneten sich in der ökonomischen und politischen Landschaft einige überaus wichtige Dinge, die den Forderungen des RDI eine neue Schubkraft verliehen.

Eines sei an dieser Stelle noch angemerkt: Am 3. Oktober und am 13., 14., 21. und 22. Dezember 1929 debattierte bzw. verabschiedete der Reichstag Gesetze, die einen ersten parlamentarischen Erfolg der Kapitaloffensive darstellten.³⁹ Während im Oktober (auch mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten⁴⁰) beschlossen wurde, die Zahlung von Arbeitslosengeld

³⁵ Ebenda, S. 49.

³⁶ Vgl. ebenda, S. 51ff. u. 75ff.

³⁷ Ebenda, S. 67 u. 69.

³⁸ Ebenda, S. 80.

³⁹ Vgl. 21 Monate sozialdemokratischer Koalitions politik 1928-1930. Handbuch der kommunistischen Reichstagsfraktion, hrsg. im Auftrage des ZK der KPD, Berlin 1930, S. 231ff.

⁴⁰ Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 426, S. 3245f. u. 3589f. (namentliche Abstimmungen der SPD-Abgeordneten). Allerdings blieben 28 linke sozialdemokratische Abgeordnete der Vertrauensabstimmung für die Regierung Hermann Müller am 14.12.1929 fern, weil sie ihre Ablehnung des auf Sozialabbau ausgerichteten Kurses der Regierung öffentlich bekunden wollten. Zur Steuer- und Sozialabbaupolitik der Großen Koalition vgl. außerdem: Ilse Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928-1930), Frankfurt a.M. u.a. 1973; Wolfgang Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, 3. Aufl., Berlin 1978, S. 336 u. 346; Rosemarie Leuschen-Seppel, Budget- und Agrarpolitik der SPD, in: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927-1933, hrsg. v. Wolfgang Luthardt, Frankfurt a.M. 1978, 1. Bd., S. 83ff.; William Smaldone, Rudolf Hilferding. Tragödie eines deutschen Sozialdemokraten, Bonn 2000, S. 193ff. Zur Politik der SPD-Reichstagsfraktion vgl. das Schreiben ihres Vorstandes an den Vorstand des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands v. 4.10.1929, der die Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten scharf kritisiert hatte: Die Gewerkschaften von der

wieder von einer „Bedürftigkeitsprüfung“ abhängig zu machen, wurden im Dezember einige Massenverbrauchssteuern erhöht (Bier- und Tabaksteuern, Volumen: 400 Mio. RM) und eine so genannte Kopfsteuer (Volumen: ebenfalls 400 Mio. RM) eingeführt. Zugleich wurde die Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Wertpapiere ganz aufgehoben (Volumen: 100 Mio. RM), die Gewerbe- und Grundsteuer um 20 Prozent reduziert (Volumen: 400 Mio. RM). Außerdem erfolgte die Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Arbeitslosenversicherung. Insgesamt betrug die steuerliche Ersparnis auf Unternehmerseite etwas mehr als 1,3 Milliarden Mark! Damit war ein Einstieg in die Realisierung der vom RDI lauthals vertretenen Forderungen vollzogen worden.

Die sozialdemokratisch geführte Regierung Hermann Müller schlug damit – so der Bochumer Historiker Eberhard Heupel – einen Weg ein, „der auf der vom RDI vorgeschlagenen Linie lag, wobei den Unternehmern allerdings das Tempo der Entwicklung zu langsam erschien.“ Und weiter: „Der Widerspruch zwischen der Politik der sozialdemokratischen Minister...einerseits und den Forderungen der SPD andererseits ist nicht auf persönliche oder politisch-taktische Unzulänglichkeiten der führenden Sozialdemokraten zurückzuführen, sondern Folge einer Konzeption, die an einer Koalition mit bürgerlichen Parteien auch unter den Bedingungen der ökonomischen Krise festhielt.“⁴¹

Der Volksentscheid der politischen Rechten gegen den Young-Plan – Hitler ante portas!

Von eminenter Wirkung für die politische Entwicklung der Weimarer Republik, zugleich als Katalysator für die Kapitaloffensive wirkend, war der Volksentscheid reaktionärer politischer Kräfte, der am 22. Dezember 1929 stattfand, aber bereits seit der Bildung eines vorbereitenden Ausschusses am 9. Juli und der am 30. November vollzogenen Ablehnung des im Reichstag eingebrachten Gesetzesentwurfs „gegen die Versklavung des deutschen Volkes“ die Gemüter erregte. In diesem Gesetzesentwurf befand sich der umstrittene Paragraph 4, der alle Beamte und Politiker, einschließlich des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, die an der Umsetzung des Young-Plans mitwirken würden, wegen „Landesverrates“ mit Zuchthausstrafen bedrohte! Worum ging es?

Vom 5. Februar bis zum 11. Juni 1929 hatte in Paris ein „Sachverständigenausschuss“ getagt, der die von Deutschland an die alliierten Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges zu entrichtenden Reparationen neu festlegen sollte.⁴² Der deutschen Delegation, die vom Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht geleitet wurde, einem prinzipiellen Gegner einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung und von 1930 an einer der eifrigsten Förderer der NSDAP, gehörten übrigens auch die schon erwähnten Albert Vögler von den Vereinigten Stahlwerken sowie Ludwig Kastl vom Reichsverband der Deutschen Industrie an, ebenso der einflussreiche Privatbankier Carl Melchior, Mitinhaber des Bankhauses M.M. Warburg u. Co. in Hamburg, der über exzellente Beziehungen zum US-amerikanischen Bankkapital verfügte. Der nach dem Leiter des Sachverständigenausschusses Owen D. Young⁴³ benannte Plan setzte

Stabilisierung bis zur Weltwirtschaftskrise 1924-1930, Halbband II, bearbeitet v. Horst-A. Kukuck u. Dieter Schiffmann, Köln 1986 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. III/2), S. 1312ff.

⁴¹ Eberhard Heupel, Reformismus und Krise, S. 106f.

⁴² Vgl. vor allem die zeitgenössischen Analysen der Reparationsproblematik und speziell des Young-Plans in der Zeitschrift „Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde“, 6. Jg., 1929: Wladimir Woytinski, Vor den Reparationsverhandlungen, H. 1, S. 41ff.; Gerhard Colm. Von der Zwischenlösung zur Endlösung des Reparationsproblems, H. 6, S. 341ff.; Kurt Bloch, Zur Verteilung der Reparationsersparnis, H. 7, S. 405ff. Ausführliche Darstellung der Young-Plan-Problematik bei Hans Nussbaum, Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik, Berlin-DDR 1978, S. 272ff. u. Hans Mommsen, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar, S. 329ff.

⁴³ Owen D. Young war seit 1922 Präsident des Verwaltungsrates des größten Elektrokonzerns der Welt, General Electric, enger Mitarbeiter und „Europa-Spezialist“ des US-amerikanischen Bankiers John Pierpont Morgan sowie seit Anfang der dreißiger Jahre Mitglied des Aufsichtsrates der AEG, dem insgesamt 5 US-Amerikaner angehörten.

fest, das sich die deutschen Zahlungen zukünftig auf insgesamt 114 Milliarden Goldmark belaufen sollten, zahlbar in 59 Jahresraten, bis einschließlich 1988. Demgegenüber sagten die Alliierten zu, das von ihnen noch besetzte Rheinland bereits im Juni 1930, fünf Jahre früher als vereinbart, zu räumen, die internationale Kontrolle über die Deutsche Reichsbank und die Deutsche Reichsbahn zu beenden sowie die Funktion des „Reparationsagenten“ aufzuheben, die zuletzt von Parker Gilbert wahrgenommen wurde, „dem in enger Beziehung zu J. P. Morgan (einem der führenden Bankhäuser der USA-R.Z.) stehenden amerikanischen Finanzexperten“.⁴⁴

Wenn auch Deutschland ab 1931 keinerlei Reparationen mehr leistete, was bereits 1929 nicht ganz unvorhersehbar war, so verursachten die alliierten Forderungen auf der politischen Rechten einen Sturm der Entrüstung. Es bildete sich ein „Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan“, dem unter anderem die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), der Alldeutsche Verband, der Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten, der die großagrarisches Interessen repräsentierende Reichslandbund und – zum ersten Mal von ihnen als gleichberechtigter Partner behandelt – die NSDAP angehörten.⁴⁵ Die Nazi-Partei war bis dahin weder von den reaktionären Parteien noch vom Monopolkapital sonderlich ernst genommen worden. Zwar hatte es Kontakte einzelner Industrieller mit dem „Führer“ der Faschisten Adolf Hitler gegeben, ja Emil Kirdorf, der „große alte Mann“ der deutschen Schwerindustrie und langjährige Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, war bereits am 1. August 1927 der NSDAP beigetreten und hatte als „Morgengabe die für damalige Verhältnisse respektable Summe von 100.000 Mark auf den Tisch des Hauses gelegt. Allerdings hatte er sie im Jahr darauf aus Sorge vor den Wirkungen der von ihr praktizierten sozialen Demagogie wieder verlassen.“⁴⁶ Auch Fritz Thyssen, der Aufsichtsratsvorsitzende der Vereinigten Stahlwerke und Schwiegervater Albert Vöglers, hatte sich bereits den Faschisten politisch angenähert und ihnen den Kauf der späteren Parteizentrale in München, des 1931 offiziell eingeweihten „Braunen Hauses“, ermöglicht.⁴⁷ Seit dem Herbst 1930 warb er innerhalb der Gremien des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in unmissverständlicher Offenheit für eine sofortige Regierungsbeteiligung der Faschisten, im Dezember 1931 trat er als Mitglied der NSDAP bei.⁴⁸

Worin lag die Ursache für die relative Zurückhaltung der Monopolbourgeoisie gegenüber der Nazi-Partei im Jahre 1929 begründet?

⁴⁴ Hans Mommsen, Aufstieg und Untergang der Weimarer Republik, S. 223.

⁴⁵ Vgl. Volker R. Berghahn, Das Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Ursprünge des Präsidialregimes 1928-1930, in: Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte, hrsg. v. Dirk Stegmann u.a., Bonn 1978, S. 431ff.; Hans Mommsen, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar, S. 334ff. Die Aktivitäten des „Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren“, aber auch die damit zusammenhängenden innerparteilichen Auseinandersetzungen der DNVP, sind in den Akten der Deutschnationalen Volkspartei ausführlich dokumentiert: BArch, R 8005/15, 54, 55, 72, 73, 77, 250, 279; vgl. auch ebenda, R 8034 II/4333 u. 8747.

⁴⁶ Vgl. Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte, XIII. Bd., 1973, S. 411ff.; Berliner Lokal-Anzeiger, Nr. 397, 23.8.1930, „Eine Erklärung Kirdorfs“: „1. Ich habe mich im Jahre 1927 öffentlich zur Nationalsozialistischen Partei bekannt, zu einer Zeit, in der die DNVP unter der damaligen Führung in meinen Augen vollständig versagte. 2. Schon im folgenden Jahr aber musste ich mich **trotz meiner warmen Freundschaft und Hochschätzung für Adolf Hitler** von seiner Partei loslösen, da sein Vertreter hier im Revier eine Richtung einschlug, gegen die ich mich wehren musste. 3. Ich stehe treu zur DNVP, solange sich dieser einer zielbewussten nationalen Führung wie derjenigen des Herrn Dr. Hugenberg erfreut, und unterstütze nur diese Partei.“ Hervorhebung von mir-R.Z.

⁴⁷ Vgl. Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus, S. 417ff.

⁴⁸ Zu den Kontakten von Großindustriellen zur NSDAP in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in der Weimarer Republik vgl. die aus den Akten gearbeitete Darstellung von Kurt Gossweiler, Aufsätze zum Faschismus, S. 468ff. sowie den materialreichen und neue Quellen erschließenden Aufsatz von Manfred Asendorf, Hamburger Nationalklub, Keppler-Kreis, Arbeitsstelle Schacht und der Aufstieg Hitlers, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 2. Jg., 1987, H. 3, S. 106ff.

Das Bild, das die Organisation und die Programmatik der faschistischen Partei abgaben, war noch allzu diffus. Der Einfluss der Nazis, die bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 lediglich 2,6 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen konnten und 12 Mandate errangen, musste als gering eingeschätzt werden. Um diesen Zustand im Sinne der NSDAP positiv zu verändern, konnte die gleichberechtigte Teilhabe der Faschisten an den Vorbereitungen zum Volksentscheid gegen den Young-Plan gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Hitler stand jetzt – im wortwörtlichen Sinne – in einer Reihe mit Alfred Hugenberg, dem mächtigen Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, ehemaligen Direktor der Krupp-Werke und – wie schon erwähnt – überaus einflussreichen Lenker eines der größten Pressekonzerne in Deutschland.⁴⁹ Wenn auch der Volksentscheid, der am 22. Dezember 1929 recht kläglich scheiterte, nicht das von seinen Initiatoren erhoffte Ergebnis brachte, weil nur 5,8 Millionen Wählerinnen und Wähler (13,8 Prozent) in seinem Sinne votierten⁵⁰, so hatten Hitler und seine faschistische Partei dessen ungeachtet eine willkommene Gelegenheit geboten bekommen, sich einer breiten Öffentlichkeit als integraler Bestandteil der politischen Rechten präsentieren zu können, auch wenn sie noch nicht völlig „auf Augenhöhe“ mit den Deutschnationalen agierten. Von nun an befand sich die NSDAP „in der Reserve“ des deutschen Monopolkapitals, stellte sie einen potentiellen politischen Faktor dar, mit dem man zukünftig durchaus rechnen könnte – vorausgesetzt, ihr Masseneinfluss würde deutlich anwachsen. Erste Anzeichen einer solchen Entwicklung waren im Ergebnis der Wahlen zu den Provinziallandtagen in Preußen und zur Berliner Stadtverordnetenversammlung am 17. November 1929 zu erkennen, als die NSDAP zum Beispiel in der Provinz Schleswig-Holstein 10,3 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte; im „roten“ Berlin waren es bemerkenswerte 5,7 Prozent, in der Provinz Sachsen 5,8 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen.

Von besonderer Bedeutung war, dass bereits kurz nach dem Scheitern des Volksentscheids, die faschistische Partei im Januar 1930 in Thüringen zum ersten Mal Koalitionspartner einer bürgerlichen Landesregierung wurde. Am 23. Januar 1930 wurde der später vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal zum Tode verurteilte, von 1933 bis 1943 als Reichsinnenminister amtierende Wilhelm Frick, hier zum Volksbildungs- und Innenminister gewählt. Koalitionspartner der Nazis war hier übrigens die Deutsche Volkspartei (DVP), die im Reich mit den Sozialdemokraten am gemeinsamen Kabinetttisch saß, in Thüringen allerdings den von Frick auch gegen sozialdemokratische Presse-Erzeugnisse verhängten Verboten ausgesetzt war – eine beispiellos absurde Situation.

Zurück zum Young-Plan. Er diente den Protagonisten der Kapitaloffensive im Übrigen als ein willkommener Anlass, den geforderten Sozialabbau mit einer weiteren Argumentationskette zu legitimieren. Da die Reparationen jahrzehntelang weiter gehen würden, müsste – so drückte es der Ruhmagnat Ernst Poensgen, Erster Stellvertreter Vöglers im Vorstand der Vereinigten Stahlwerke, aus – „unsere Finanz-, Kredit-, Wirtschafts- und Sozialpolitik neue

⁴⁹ Zu Hugenbergs Rolle in der politischen Szenerie der Weimarer Republik vgl. die folgende zeitgenössische Einschätzung: Berliner Morgenpost, Nr. 123, 24.5.1929: „Nebenregierung der Schwerindustrie“, wo es u.a. hieß: „Im Hintergrund aber steht Herr Hugenberg. Er bezieht seine Gelder...von der Schwerindustrie, ganz besonders von Kirdorf und Thyssen, um mit seiner nationalistischen Hetzpropaganda Unordnung und Wirrwarr in Deutschland zu verbreiten. Denn nur auf solchem Boden kann die zarte Pflanze seiner Diktaturpläne gedeihen.“

⁵⁰ Zu diesem enttäuschenden Ergebnis hatten nicht zuletzt Streitigkeiten unter den Initiatoren des Volksentscheides beigetragen. So waren die von Hugenberg gegen den Reichspräsidenten und ehemaligen kaiserlichen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg vorgetragene Angriffe nicht nur auf der politischen Rechten vollkommen unpopulär. Die Deutschnationale Volkspartei spaltete sich schließlich, 12 Reichstagsabgeordnete bildeten die Fraktion der neu gegründeten „Volkskonservativen Partei“, die allerdings keinen bedeutenden politischen Einfluss gewinnen konnte. Vgl. Hans Mommsen, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar, S. 341 u. Thomas Mergel, Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus. Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei 1928-1932, in: Historische Zeitschrift, Band 276, 2003, Heft 2, S. 350ff..

Wege der Sparsamkeit“⁵¹ einschlagen. Fortan fehlte in keiner Verlautbarung der deutschen Monopole und ihrer Interessenverbände der Verweis auf die sich aus dem Young-Plan angeblich ergebenden, negativen Folgen für die Sozialpolitik in Deutschland (so genannter innerer Young-Plan).⁵² Angesichts der bedeutenden Summen, die alljährlich an die Alliierten überwiesen werden müssten, sei es alternativlos, besonders durch einen Abbau sozialer Leistungen die hierfür nötigen Mittel in den öffentlichen Haushalten frei zu bekommen.

„Der Schwarze Freitag“ am 25. Oktober 1929 und seine Folgen

Von einschneidender Bedeutung für die ökonomische, soziale und politische Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern weltweit, war der „Schwarze Freitag“ an der New Yorker Börse, der am 25. Oktober 1929 mit einem nie gekannten Absturz der Aktienkurse die bis dahin schwerwiegendste kapitalistische Weltwirtschaftskrise auslöste. Auch für Deutschland handelte es sich dabei um das mit Abstand wichtigste Ereignis des Jahres 1929, das stimulierende Auswirkungen auf die Kapitaloffensive hatte und ihr eine neue Schubkraft verlieh.

Ablesbar war die aus den USA nach Deutschland hinüber wachsende Krise am Rückgang der Industrieproduktion und dem zeitgleichen Anstieg der Zahl von Kurzarbeitern und Arbeitslosen. Bereits im Dezember 1929 war die Zahl der Arbeitslosen, die von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Zahlungen erhielten, auf ca. 1,8 Millionen angestiegen. Hinzu kamen mehr als 200.000 Erwerbslose, die lediglich eine geringfügige „Krisenunterstützung“ bekamen. Etwa 800.000 Arbeiter und Angestellte, die entlassen worden waren, erhielten gar keine Unterstützung aus den Kassen der Reichsanstalt. Im gleichen Monat waren nach Angaben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 8,5 Prozent ihrer Mitgliedschaft als Kurzarbeiter gemeldet.⁵³

Die Weltwirtschaftskrise kam nicht unverhofft, wenn auch das ganze Ausmaß der sich anbahnenden größten Krisis in der Geschichte des Kapitalismus nicht vorhergesehen werden konnte. Immerhin: Die KPD hatte stets auf den instabilen Charakter der „relativen Stabilisierung“ des Kapitalismus in den Jahren seit 1924 und auf die unübersehbaren „Widersprüche der kapitalistischen Stabilisierung“ hingewiesen. Und tatsächlich befand sich die deutsche Volkswirtschaft bereits seit einiger Zeit in einer Phase des konjunkturellen Abschwungs, als der New Yorker Börsenkrach die Welt erschütterte.

Die deutsche Bourgeoisie habe, so hieß es in einer Resolution des 12. Parteitages der KPD („Weddinger Parteitag“) im Juni 1929, „mit Hilfe des ausländischen Finanzkapitals unzweifelhaft bedeutende Stabilisierungserfolge auf ökonomischem Gebiet erreicht (Erhöhung der Produktion über das Vorkriegsniveau in den wichtigsten Industriezweigen, Ausdehnung des Produktionsapparates auf einer neuen technischen und energetischen Basis, gewaltige Steigerung der Arbeitsleistung, Neubildung von Kapital durch innere Akkumulation, Erhöhung des Exports, besonders von Fertigwaren, Wiederaufnahme des Kapitalexports, gigantisches Wachstum der Monopolverbände, zunehmende Tendenz zum Staatskapitalismus).“

Allerdings, so hieß es weiter: „Die relative Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands hat keineswegs zur Überwindung ihrer krisenhaften Erscheinungen geführt. (...)Die deutsche Bourgeoisie hat den durch die Rationalisierung des Produktionsapparates

⁵¹ Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Bericht über die Mitglieder-Versammlung in Berlin am 12. Juni 1929, in: BA, Zwischenarchiv Hoppegarten, R 13 I/129, unpag. Poensgen war seit Juni 1929 der Vorsitzende dieses mächtigen Industriellenverbandes. Er amtierte zugleich als Präsidiumsmitglied der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

⁵² Vgl. Hans Mommsen, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar, S. 336ff.

⁵³ Vgl. Fritz Blaich, Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, München 1985, S. 165; Franz Spliedt, Sozialpolitische Chronik, in: Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, 7. Jg., 1930, H. 3, S. 205f. Die beste kurz gefasste Darstellung zur Entwicklung der Arbeitslosenversicherung in der Zeit der Weltwirtschaftskrise findet sich bei Fritz Blaich, Der Schwarze Freitag, S. 64ff.

erzielten Vorsprung im großen und ganzen erschöpft. Die Steigerung der Arbeitsintensität und die Erhöhung der Produktivkräfte war in der Rationalisierungsphase mit einer Erweiterung des inneren Marktes und einem mächtigen Zustrom von ausländischen Krediten und Anleihen verbunden...Jetzt tritt eine Wendung ein. Die Erweiterung des Innenmarktes hat ihre Grenzen erreicht. Teilweise ist bereits eine direkte Verengung festzustellen.“⁵⁴

Die Denkschrift des RDI vom Dezember 1929: „Aufstieg oder Niedergang?“

Wenn auch Ende 1929 noch nicht erkannt werden konnte, welche beispiellosen Dimensionen die Wirtschaftskrise in den kommenden Jahren noch erreichen sollte, man denke etwa an die Bankenkrise des Sommers 1931, so hatte der Reichsverband der Deutschen Industrie allerdings schnell begriffen, dass für die seit einem Jahr forcierte Kapitaloffensive günstigere Wirkungsbedingungen herangereift waren. Angesichts wachsender Arbeitslosigkeit und der damit einher gehenden Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterorganisationen – ihre Mitglieder und Aktivisten, nicht zuletzt die Mitglieder der KPD, befanden sich in der Regel unter den ersten Arbeitern und Angestellten, denen die Kündigung ausgesprochen wurde – waren die Chancen der Großindustriellen gestiegen, ihre politischen und ökonomischen Ziele durchzusetzen. Dies geschah in Form der bereits im September 1929 angekündigten „großen“ Denkschrift, „Aufstieg oder Niedergang?“, bei der es sich um die bedeutsamste Programmschrift in der Geschichte des RDI handelte.

Am 2. Dezember 1929 wurde die Denkschrift der Öffentlichkeit publik gemacht.⁵⁵

Welche wesentlichen Forderungen waren in ihr enthalten? Zunächst wurde die „Freimachung“ der deutschen Wirtschaft postuliert: „Sie muss verschont bleiben von Experimenten und politischen Einflüssen, die von außen her in den Wirtschaftsprozess hineingetragen werden. Der Aufstieg der Industrie und die Beschaffung von auskömmlichen Arbeitsplätzen für die Bevölkerung und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit kann nur auf der Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und eines frei schaffenden Gewerbes erzielt werden.“ Und weiter: „Staat und Volk haben...dass größte Interesse an einer arbeitsfreudigen und erfolgsgläubigen Unternehmerschicht. Je tüchtiger und optimistischer sie ist, je mehr Bewegungsfreiheit sie für ihre Arbeit hat, um so größer wird auch die Produktivität der Wirtschaft, ihre soziale Kapazität, um so günstiger werden auch die Lebensbedingungen für die Bevölkerung.“⁵⁶

Weiteren Lohnerhöhungen wurde eine klare Absage erteilt. Vielmehr könne die Verbesserung der Lebenshaltung für die breite Masse nur „auf dem Wege einer vermehrten Kapitalbildung und einer Wiederherstellung der Rentabilität“, d.h. durch den absoluten Vorrang der Mehrung unternehmerischer Profite hergestellt werden. In diesem Zusammenhang wurde – wider besseres Wissen – die mangelnde Rentabilität der deutschen Aktiengesellschaften beklagt.⁵⁷

Demgegenüber hatten zum Beispiel die AEG und die Siemens-Werke, um nur sie an dieser Stelle zu nennen, im soeben zu Ende gegangenen Geschäftsjahr 1928/29 bedeutende Gewinne realisieren können: Der Vorstand von Siemens und Halske konnte auf einen Reingewinn in Höhe von 16,036 Millionen Reichsmark und eine Dividende in Höhe von 14 Prozent verweisen. Bei den Siemens-Schuckert-Werken lauteten die entsprechenden Zahlen 15,489 Millionen Reichsmark und 10 Prozent.⁵⁸ Die AEG schüttete eine neunprozentige Dividende

⁵⁴ Resolution über die politische Lage und die Aufgaben der KPD. Verabschiedet vom 12. Parteitag der KPD in Berlin-Wedding, 8. bis 15. Juni 1929, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VIII: Januar 1924–Oktober 1929, Redaktion: Elfriede Fölster, Katja Haferkorn, Heinz Karl u. Stefan Weber, Berlin-DDR 1975, S. 815.

⁵⁵ Die Reaktionen von Parteien und Verbänden sowie der Presse auf die Veröffentlichung der Denkschrift ist gut dokumentiert in: BArch, R 8034 II/6624.

⁵⁶ Aufstieg oder Niedergang? Deutsche Wirtschafts- und Finanzreform 1929. Eine Denkschrift des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Berlin 1929 (Veröffentlichungen des RDI, Nr. 49), S. 8.

⁵⁷ Vgl. ebenda, S. 8f.

⁵⁸ Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 5, 4.1.1930: „Der Siemens-Konzern im Jahre 1928/29“.

angesichts eines Rekord-Reingewinns in Höhe von 19,173 Millionen Reichsmark aus.⁵⁹ Dass aus Aktionärskreisen diese Dividendenzahlungen als „armselig“ kritisiert wurden, musste im Lichte der beginnenden Wirtschaftskrise und der wachsenden Verelendung immer größerer Teile der Arbeiterklasse wie des Mittelstandes als blanker Hohn bezeichnet werden.

Ungeachtet dessen wurden zur Steigerung der Profite weitere Reduzierungen der für Unternehmen relevanten Steuern gefordert, die „auf das unumgängliche notwendige Maß zurück zu dämmen“⁶⁰ seien, vordergründig, um die wachsende Staatsverschuldung abzubauen, die zwischen 1926 bis 1930 von 11 auf insgesamt 21,3 Milliarden Reichsmark angestiegen war⁶¹. Genannt wurden konkret die „sofortige Herabsetzung der Gewerbesteuer mindestens auf die Hälfte“, eine gleichartige Reduzierung der Grundvermögenssteuer und die Senkung der Einkommenssteuer, besonders „in den mittleren und höheren Stufen“. Konkret sollten künftig für Einkommen bis zu 15.000 Reichsmark jährlich 15 Prozent Einkommenssteuer entrichtet werden, der Spitzensteuersatz sei bei maximal 25 Prozent zu begrenzen. Perspektivisch wurde sogar die „vollständige Beseitigung der Gewerbesteuer“⁶² postuliert!

Die sich hierbei ergebenden Steuerausfälle müssten durch eine stärkere Inanspruchnahme der indirekten Steuern, also der Massenverbrauchssteuern, die vor allem von den Arbeitenden gezahlt wurden, kompensiert werden.⁶³ Unmissverständlich wurde deshalb die Forderung erhoben, „die Verschiebung des Schwergewichts von den direkten zu den indirekten Steuern“⁶⁴ durchzusetzen. Daneben sollten neue Steuerarten eingeführt werden, die besonders die Masse der Bevölkerung belastet hätten. Hierzu zählte vor allem das Projekt einer „Mietsteuer“, die alle zur Miete wohnenden Bürgerinnen und Bürger, in Höhe eines festzulegenden prozentualen Anteils ihrer Mietzahlung, an die Finanzämter abzuführen hätten.⁶⁵

In aller Offenheit wurde die Privatisierung öffentlicher Betriebe propagiert, die bis dahin „unter den gleichen Bedingungen wie die Privatwirtschaft“ arbeiten sollten – also allein nach solchen betriebswirtschaftlichen Kriterien, wie sie bei beliebigen privatkapitalistischen Unternehmen anzutreffen waren. Des Weiteren sollte die Bildung von Kartellen erleichtert, vor allem aber die Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen drastisch reduziert werden: „Die Sozialversicherung soll die wirklich Schutzbedürftigen und Notleidenden betreuen, eine unberechtigte, die Volksmoral schädigende Ausnutzung ihrer Einrichtungen aber verhindern.“⁶⁶ Speziell für die Erwerbslosen galt, dass die an sie gerichteten Zahlungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung weiter eingeschränkt werden müssten. Nichts anderes bedeutete die Forderung, bei dramatisch wachsender Arbeitslosenzahl die Beiträge zur gesetzlichen Arbeitslosenversicherung nicht zu erhöhen und die Inanspruchnahme anderer öffentlicher Mittel für die Zahlung von Arbeitslosengeld nicht zuzulassen.

Über die Sphäre der Wirtschafts- und Finanzpolitik hinaus wiesen die Vorschläge zur „Reform“ des Staates und seiner Organe.⁶⁷ Hierzu gehörte vor allem die Beschneidung, ja die

⁵⁹ Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 33, 21.1.1930: „AEG 9%“ u. ebenda, Nr. 53, 1.2.1930: „AEG 1928/29“.

⁶⁰ Aufstieg oder Niedergang, S. 11.

⁶¹ Das Defizit im Reichshaushalt betrug Anfang des Jahres 1929 738 Millionen Reichsmark und stieg binnen eines Jahres auf deutlich mehr als 1 Milliarde Reichsmark.

⁶² Aufstieg oder Niedergang, S. 35.

⁶³ Ebenda, S. 13ff.

⁶⁴ Ebenda, S. 32.

⁶⁵ Vgl. ebenda, S. 38f.

⁶⁶ Ebenda, S. 12.

⁶⁷ Der RDI befand sich dabei übrigens in weitgehender Übereinstimmung mit dem „Notprogramm“ des Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Alfred Hugenberg, das dieser im April 1929 der Öffentlichkeit vorgestellt hatte; vgl. Berliner Lokal-Anzeiger, Nr. 168, 10.4.1929: „Hugenbergs Notprogramm zur Reichsreform“. Vgl. auch Thomas Mergel, Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus, S. 348. Bereits am 6. Januar 1928 hatte sich unter der Federführung von Dr. Hans Luther (parteilos), Reichskanzler von Januar

Eliminierung des wichtigsten und ältesten Rechtes eines jeden Parlamentes, nämlich die Bewilligung und Kontrolle des Staatshaushaltes. In diesem Zusammenhang hieß es ganz unverblümt: „Der Reichstag muss in der Ausübung seines Rechtes, Ausgaben zu bewilligen, weitgehende Selbstbeschränkung üben. Ohne Zustimmung der Reichsregierung dürfen die Ausgaben nicht erhöht werden.“⁶⁸ Die Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative wurde mit diesem Vorschlag geradezu auf den Kopf gestellt. Auch das verfassungsmäßig verbrieftete Recht der Gemeinden, ihren Haushalt nach eigenen politischen Vorgaben selbst festsetzen zu können (Finanzhoheit der Gemeinden), sollte außer Kraft gesetzt werden. Damit galt es zukünftig zu verhindern, dass sozialdemokratisch regierte Kommunen – so wie es bisher der Fall war – vor allem in die öffentliche Infrastruktur investierten.

Im Schlusskapitel der Denkschrift hieß es heuchlerisch: „Wir sind uns darüber klar, dass eine gründliche Durchführung der Reformen von allen Seiten Opfer verlangt, aber diese Opfer müssen unbedingt gebracht werden, um die Gesamtheit der Wirtschaft und des Volkes vor dem Zusammenbruch zu retten. Der angestrebte Erfolg würde nach jeder Richtung hin die verlangten Opfer lohnen.“⁶⁹

„Hinein in die bürgerliche, in die kapitalistische Einheitsfront!“

Eine realistische Einschätzung der Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ konnte nur zu dem Ergebnis gelangen, dass der hier vorgeschlagene ökonomische wie politische Kurs nicht im Rahmen einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie realisiert werden konnte. Vielmehr deutete die Gesamtheit der in dieser Denkschrift niedergelegten Forderungen ohne jeden Zweifel in Richtung eines autoritären Regimes und damit implizit auch auf die Beendigung der unter sozialdemokratischer Führung stehenden Großen Koalition, was nur wenige Monate später, am 28. März 1930, dann auch tatsächlich vollzogen wurde: Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan, der Mohr konnte gehen. Deutlich geworden war, dass sich die Stoßkraft des RDI – und damit der maßgeblichen Kreise des Monopolkapitals – sowohl gegen den kommunistischen als auch sozialdemokratischen Teil der Arbeiterbewegung richtete. Die Zeit für Kompromisse war vorüber. Aus alledem ergab sich: Mit seiner Denkschrift hatte der Reichsverband der Deutschen Industrie einen sehr wesentlichen Beitrag zur Installierung eines autoritären Regimes, des Kabinetts Heinrich Brüning, und damit ebenso zur beginnenden Faschisierung in Deutschland geleistet. Wie sich in den darauf folgenden Jahren zeigen sollte, waren Kapitaloffensive und Faschisierung zwei Seiten einer Medaille.

Deutlicher noch als die Denkschrift selbst war die „Begleitmusik“ in Form von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln aus der Feder von publizistischen Helfershelfern des Monopolkapitals. Dabei tat sich besonders der Chefredakteur der „Berliner Börsen-Zeitung“ Dr. Walther Funk hervor. Der seit 1931 als persönlicher „Wirtschaftsberater“ Adolf Hitlers tätige Ökonom und

1925 bis Mai 1926 und Reichsbankpräsident von 1930 bis 1933, der so genannte Bund zur Erneuerung des Reiches („Lutherbund“) gegründet, der unter dem Deckmantel der „Verwaltungsvereinfachung“ und „Kostensparnis“ den föderalen Aufbau Deutschlands zugunsten einer starken Zentralgewalt abschaffen wollte. Auch hier ging es primär um die Zerschlagung Preußens als sozialdemokratischer Machtbasis. Der Präsident des Deutschen und Preußischen Städtetages, Mulert, schrieb hierzu in einem Aktenvermerk v. 10.1.1928: Er habe ein Gespräch mit Luther geführt und dabei „den Eindruck gewonnen, dass der Bund, wenn auch nicht so klar umschrieben, so doch am Endziel die Zerschlagung Preußens nicht ungern sehen würde.“ Landesarchiv Berlin, Rep. 142/21, Acc. ST.B, Nr. 3711, Bd. I, unfol. Luther war übrigens Mitglied des Aufsichtsrates der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank. Zu den Unterstützern dieses Bundes zählten u.a. die Oberbürgermeister von Köln und Berlin, Dr. Konrad Adenauer und Dr. Gustav Böß, die Großindustriellen Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Robert Bosch, Paul Reusch, Fritz Thyssen, Albert Vögler und Carl-Friedrich von Siemens, die Bankiers Jakob Goldschmidt, Franz von Mendelssohn (zugleich Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages), Louis Hagen und Max Warburg sowie der Präsident des Reichslandbundes, Graf von Kalkreuth. Vgl. zum Lutherbund auch die folgenden Akten: Landesarchiv Berlin, Rep. 142/1, Acc. ST.B, Nr. 1570, 3404 u. 4291 u. Hans Luther, Vor dem Abgrund 1930-1933. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten, Berlin (West) 1964, S. 34ff.

⁶⁸ Aufstieg oder Niedergang, S. 14.

⁶⁹ Ebenda, S. 45.

von 1938/39 bis 1945 amtierende Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident, veröffentlichte zahlreiche Leitartikel, in denen die Themen der RDI-Tagung vom September 1929 und der Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ noch weiter zugespitzt wurden.⁷⁰ Unter der Überschrift „Heraus aus dem Wirtschaftselend“ forderte er nur einen Monat vor der Publikation der Denkschrift des RDI die Herstellung einer „Bürgerlichen Einheitsfront“: „Am Ende der Wirtschaftskrise des Jahres 1929 wird die politische Krise stehen. Für sie muss sich das deutsche Bürgertum rüsten, in ihr muss es geschlossen zusammen stehen, wenn es nicht Gefahr laufen will, in dieser Krise von den revolutionären Kräften überrannt oder vom Sozialismus endgültig besiegt zu werden.(...)Wer die Gesundung der Wirtschaft, wer heraus aus dem Wirtschaftselend will, muss hinein in die bürgerliche, in die kapitalistische Einheitsfront.“⁷¹

Je mehr sich das Jahr 1929 seinem Ende zuneigte, desto deutlicher zeigte sich anhand der Aussagen der Unternehmerverbände und ihrer publizistischen Helfer: „Der Feind steht links“ – dieses in der Überschrift zitierte Motto der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ vom 17. November 1929, das sich sowohl gegen Kommunisten und Sozialdemokraten richtete, musste als politische Kampfansage bitter ernst genommen werden. Die Gazette der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände formulierte in diesem Zusammenhang unter der zitierten Überschrift unter anderem folgende unmissverständliche Sätze: Es sei klar, „dass sich der Kampf nicht lediglich gegen die Sozialdemokratie, sondern mit demselben Nachdruck gegen alle Parteien richten muss, die sich durch ihre Politik zum Steigbügelhalter der Sozialdemokratie machen.“ Auch auf der politischen Rechten seien „manche Kräfte am Werk, die, teil aus wirtschaftlichen, teils aus konservativ-sozialen Erwägungen heraus, eine ausgesprochene Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie vermeiden möchten und die sich eher in eine Front gegen den ewig missverstandenen Kapitalismus drängen lassen. So hat man fast den Eindruck, als ob es niemand recht mit der Sozialdemokratie verderben möchte in eben der Schicksalsstunde, in der alles auf die wirkungsvolle Bekämpfung und Niederringung dieser Irrlehre ankommt.“ Und weiter: „Die gemeinsame Frontstellung aller nicht marxistisch verseuchter Volksschichten gegen die materielle, vom Volkstum und seinem organischen Aufbau losgelöste Politik der Marxisten ist die einzig mögliche Umgruppierung, bei der die realpolitischen Teile der nationalen Opposition und die nationalen Gruppen der bisherigen Regierungskoalition sich die Hand reichen müssen.“⁷²

Als im März des darauf folgenden Jahres die Große Koalition unter Hermann Müller von dem autoritär regierenden Kabinett Dr. Heinrich Brüning (Zentrum) abgelöst wurde, das sich nicht auf den Reichstag und von ihm verabschiedete Gesetze, sondern vornehmlich auf die vom Reichspräsidenten von Hindenburg erlassenen Notverordnungen stützte, war die hier formulierte Zielstellung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die ganz auf der Linie der Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ lag, weitgehend verwirklicht worden. Die Wortwahl der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, aber auch die in der Denkschrift des RDI nieder gelegten Ziele, zeigen uns vor allem Eines: den unverzichtbaren Beitrag der deutschen Monopole und ihrer Interessenverbände zur Faschisierung von Politik und Gesellschaft, die um die Jahreswende 1929/30 begann und an deren erfolgreichem Ende der amtierende Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, in einem Schreiben an Adolf Hitler vom 24. März 1933 freudig zum Ausdruck bringen konnte: „Für den notwendigen, tatkräftigen Wiederaufbau kommt es darauf an, die Sammlung und Mitwirkung aller aufbauwilligen Kräfte herbeizuführen. Die deutsche Industrie, die sich als einen wichtigen und unentbehrlichen Faktor für den nationalen Aufbau

⁷⁰ Zu den Aktivitäten Funks zugunsten der NSDAP vgl. Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 2. Aufl., Köln 1971, S. 26ff. u. 60ff.; Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus, S. 418f.

⁷¹ Walther Funk, „Heraus aus dem Wirtschaftselend!“, in: Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 511, 1.11.1929.

⁷² Wie Anmerkung 1.

betrachtet, ist bereit, an dieser Aufgabe tatkräftig mitzuwirken und der Reichsverband der Deutschen Industrie...wird alles tun, um der Reichsregierung bei ihrem schweren Werke zu helfen.“⁷³

1929 – und 2009?

Die 1928/29 begonnene Kapitaloffensive, von der Weltwirtschaftskrise stimuliert, führte letztlich in den Faschismus und dem von ihm angezettelten Zweiten Weltkrieg. Und heute? Zwar droht kein faschistisches Regime, aber die Frage, zu wessen Gunsten bzw. auf wessen Kosten die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise überwunden werden kann, steht im Raum. Eine der Lehren aus der Geschichte der Weimarer Republik besteht unverändert darin, dass die linken Kräfte nicht zersplittert werden dürfen, dass sie im Kampf gegeneinander nicht ihre Kräfte vergeuden, die dringend für die Auseinandersetzung mit den ökonomisch und politisch Herrschenden benötigt werden.⁷⁴ Aber zugleich sollte innerhalb der Linken allen Tendenzen entgegen getreten werden, die auf die Herstellung unverhältnismäßiger Kompromisse mit eben diesen Gegnern abzielen. „Realpolitik“, die hier und heute das Schicksal der Arbeiter und Angestellten, der Erwerbslosen, Kleinrentner und „Geringverdiener“, fühlbar verbessert, ist dringender denn je vonnöten. Es dabei bewenden zu lassen, reicht jedoch nicht aus. Deshalb gilt: Die Herausarbeitung einer Systemalternative ist kein Sektierertum, sondern wird der Linken von der ökonomischen Krisis mit ihren sozialen und politischen Folgeerscheinungen regelrecht aufgezwungen. Dies galt in den Jahren seit 1928/29, dies gilt auch für die gegenwärtige Situation.

Dr. Reiner Zilkenat

A n h a n g

Nr. 1: Das rote Gespenst, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 241, 25.5.1928.

„Den bürgerlichen Rundfunkhörern ist in der Wahlnacht ein Anhörungsunterricht erteilt worden, den sie hoffentlich beherzigen werden: da in den ersten Stunden naturgemäß immer vorwiegend Stadtergebnisse einlaufen, erschienen die Gewinne der Sozialdemokraten und Kommunisten noch größer, als sie tatsächlich dann...waren: das rote Gespenst stieg drohend empor.

Wir haben uns stets, auch im Wahlkampf, mit aller Schärfe gegen die Illusion gewandt, als hätte die Sozialdemokratie auf irgendeines ihrer Ziele wirklich verzichtet. Die Sozialdemokratie hat zwei Gesichter: eines für die revolutionär gesinnte Arbeiterschaft und

⁷³ Zitiert nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935, hrsg. v. Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, Berlin-DDR 1975, Nr. 20, S. 36.

⁷⁴ Vgl. hierzu Reiner Zilkenat, Das Jahr 1931 – Die Weimarer Republik am Scheideweg, in: Rundbrief der BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand DIE LINKE, Heft 3/2006, S. 2ff.

für die kommunistische Konkurrenz: das ist das Medusenhaupt der proletarischen Revolution. Das andere Gesicht zeigt sie dem darbenden Mittelstand, den Beamten und dem Kleinbürgertum, um sie zu gewinnen: dieses Gesicht trägt die Maske der Harmlosigkeit.(...) Holen Sozialisten und Kommunisten...2,1 Millionen Wähler das nächste oder übernächste Mal aus dem bürgerlichen Lager herüber, dann weht über Deutschland die rote Fahne...Heute schon, bei 43 Prozent, spielen sozialistische und kommunistische Kreise mit dem Gedanken einer roten ‚Regierung der Arbeiter und Bauern‘. Haben sie 50 Prozent, dann werden sie die Fahne der proletarischen Revolution aufziehen und das Bürgertum entmachten und enteignen.“

Nr. 2: Jakob Goldschmidt⁷⁵, Entwicklungstendenzen in der deutschen Wirtschaft und ihr Einfluss auf die Kapitalbildung. Vortrag, gehalten auf dem VII. Allgemeinen Deutschen Bankierstag zu Köln, September 1928, o.O.u.J., S. 32.

„Die zu weit gehende und nur staatlich organisierte soziale Fürsorge hat viel zu sehr den Charakter der Wohltätigkeit und schafft in der gegensätzlichen Atmosphäre zwischen Kapital und Arbeit keine Aussöhnung, sondern eine Verschärfung. Die Wirtschaft wird sich mehr und mehr klar darüber werden müssen, dass die eigenartige Entwicklung unserer politischen Parteien, einerlei, welche es sein mag, sie immer mehr zur Sicherung und Erreichung einer eigenen Machtposition drängt, die rein wirtschaftliche Gesetze des Kapitalismus in der Praxis unberücksichtigt lässt. Denn das kapitalistische System und seine Grundlage, das Privateigentum, ist nicht populär, und seine Verteidigung erwirbt weniger Beifall als seine Bekämpfung.“

Nr. 3: Prof. Dr. Ernst Horneffer, Die Vergeistigung der wirtschaftlichen Arbeit, in: Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 42, Oktober 1928⁷⁶, S. 5, 8 u. 11.

„Der gegenwärtige Mensch, ein großer Teil der gegenwärtigen Menschen ist innerlich mit der Arbeit zerfallen. Die Arbeitskraft kann aber nur aus der Arbeitsfreude erwachsen und auf der Arbeitskraft beruht die gesamte Kultur der Menschheit. In diesem geistig-sittlichen Zustande, ich möchte sagen, in diesem moralischen Übel wurzeln sehr zahlreiche und schwerwiegende Missstände unseres öffentlichen Lebens. Darauf beruht vor allem der Mangel an Arbeitsfrieden...Ich habe mich mehr und mehr davon überzeugt, dass der Arbeitsfriede auf dem Wege materieller Leistungen, durch eine Veränderung der materiellen Bedingungen der Menschen überhaupt nicht erreichbar ist.(...)

Wenn nämlich der Mensch das Glück nicht mehr in der Arbeit findet, dann findet er es überhaupt nicht mehr.(...)Aber darüber kann kein Zweifel sein, dass unser Volk in einem weiten Ausmaß, in einem so hohen Grade sich in den Sinnentaumel gestürzt hat, dass daraus die allergrößten Gefahren für die sittliche Gesundheit unseres Volkes erstehen müssen.(...)

Der Arbeiter muss mit seiner Arbeit so verwachsen, dass er ganz in der Arbeit aufgeht, dass er die Arbeitsleistung, das Werk wie sein persönliches Eigentum betrachtet, dass er vollständig mit der Arbeit verfließt.“

⁷⁵ Goldschmidt war Teilhaber und Generaldirektor der Darmstädter und Nationalbank sowie Mitglied des Aufsichtsrates u.a. der Vereinigten Stahlwerke AG und der zum Flick-Konzern gehörenden Mitteldeutschen Stahlwerke AG. Ein Exemplar dieser hektographierten Broschüre fand sich in: Zentrales Staatsarchiv der DDR Potsdam, Film Nr. 19705.

⁷⁶ Diese Veröffentlichung des RDI sowie andere Materialien von Unternehmerverbänden befinden sich in: BA, Zwischenarchiv Hoppegarten, R 10 V/273.

Nr. 4: Aus der Rede des Reichswirtschaftsministers a.D. Dr. Eduard Hamm (Deutsche Demokratische Partei) vor dem Hauptausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages⁷⁷, Berlin, d. 4.10.1928, in: Bundesarchiv, Zwischenarchiv Hoppegarten, R 11/127, unfol.

„Darf ich mit ganz wenigen Worten die Lage zusammen fassen, so sehen wir das folgende Bild: ein Produktionsapparat, dessen Leistungsfähigkeit in der Landwirtschaft erst langsam und mit Opfern den Ernährungsbedürfnissen der Gesamtbevölkerung zwar nicht ganz angepasst, aber allmählich angenähert werden kann, eine gewerbliche Wirtschaft, deren Leistungsfähigkeit nach der Zahl der Beschäftigung Suchenden wie in den technischen Mitteln weit über die gegenwärtige Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes hinausgeht, demgemäß eine gebieterische Notwendigkeit, wo immer möglich, die Kostenelemente zu senken, um durch günstige Preise den Markt zu erweitern und zugleich Kapital zu bilden, hierzu im schroffsten Gegensatz aber gleichzeitig die einander entgegen laufenden Bilder großer Kapitalschwäche und damit teurerer Kreditbeschaffung, gleichzeitig aber außerordentlich hoher, aus der Wirtschaft aufzubringender Leistungen für öffentliche und soziale Zwecke.(...)

Was dem gegenüber zu tun ist, liegt auf der Hand. Es ist...eine zusammenfassende, produktive Wirtschaftspolitik, die bewusst von der Beengtheit der natürlichen und Kapitalausstattung unserer Volkswirtschaft ausgeht, sich klar das Ziel der Verstärkung dieser Ausstattung um der Beschäftigung der deutschen Menschen willen setzt und mutig die harten Wege geht, die allein zu diesem Ziele führen können, als da sind höchste Sparsamkeit in der Verwaltung aller öffentlichen Aufgaben, möglichste Leistungssteigerung im volkswirtschaftlichen Sinne, möglichste Senkung der Produktionskosten, damit Erweiterung und Stärkung des inneren Marktes, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland und so allmählich eine aus nützlichster Anwendung fremder Kredite wie aus eigener Kraft zu erreichende Aktivierung unserer Handels- und Zahlungsbilanz.“

Nr. 5: Die sozialdemokratische Tageszeitung „Vorwärts“, Nr. 523, 4.11.1928, Kampf um den Staat. Der Wirtschaftsputsch zehn Jahre nach der Revolution.

„Die Unternehmer feiern den zehnten Jahrestag der deutschen Revolution mit einer Rebellion gegen den Staat und das Recht, das aus der Revolution hervor gegangen ist. Die große Aussperrung im Westen ist der Versuch, die Positionen zu brechen, die die Arbeiterschaft in der Revolution und nach der Revolution errungen und befestigt hat, sie ist ein Ansturm auf die Autorität des Rechts des demokratischen Staates und auf seinen sozialen Inhalt.“

Nr. 6: August Heinrichsbauer⁷⁸, Selbstbestimmungsrecht oder Staatszwang? Betrachtungen zum Eisenkonflikt, in: Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 556, 27.11.1928.

„Die deutsche Wirtschaft steht an einem Wendepunkt. Immer größer werdende Teile der Wirtschaft können die von der öffentlichen Hand zwangsweise auferlegten Lasten nicht mehr tragen.

Es handelt sich letzten Endes weniger darum, ob die Ruhrindustrie Lohnerhöhungen bewilligen und im Anschluss daran ihre Preise erhöhen muss, sondern um den Beginn einer grundsätzlichen Auseinandersetzung, ob dem Staat die alleinige Bestimmung über wichtige Selbstkostenfaktoren übertragen und ob den Gewerben, die aus Selbsterhaltung gegen derartige Eingriffe opponieren, in wesentlichen Punkten ihr Eigentumsrecht beschnitten werden soll. Wird diese Frage bejaht, dann wäre das System des wirtschaftssozialistischen

⁷⁷ Der Deutsche Industrie- und Handelstag vertrat nicht zuletzt die Interessen der mittelständischen Betriebe wie auch der vornehmlich exportorientierten Unternehmen.

⁷⁸ Der Journalist August Heinrichsbauer war unter anderem Herausgeber des „Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsdienstes“. Bereits 1929 hielt er im Auftrage mächtiger Ruhrindustrieller die Verbindungen zu Hitler und seiner faschistischen Partei aufrecht.

Kollektivismus begründet und es wäre die Beendigung des Zeitalters des Individualismus gekommen. Darum und um nichts anderes geht im Grunde der jetzige Kampf.“

Nr. 7: Gustav Hartz, Die „Reform“ der Sozialversicherung, in: Der Tag, Nr. 9, 10.1.1929.

„Alles in allem: Wir stehen vor dem Endkampf, bei dem es sich darum handelt, entweder in marxistischer anti-sozialer Knechtschaft zu versinken oder mit einer antimarxistischen Sozialpolitik die soziale Freiheit der Arbeitnehmerschaft und unseres gesamten Volkes zu erringen. Halbheiten nutzen nichts mehr(...)

Es handelt sich um mehr als um Beiträge, Leistungen und Organisationsformen der Sozialversicherung. Es handelt sich um die soziale, wirtschaftliche und politische Zukunftsentwicklung unseres Volkes, die auch den letzten Volksgenossen angeht.“

Nr. 8: Neue Preußische Zeitung („Kreuz-Zeitung“)⁷⁹, Nr. 106, 6.3.1929: Hausse in Diktatoren.

„Eine Diktatur in Deutschland, die die jetzige parlamentarische Misswirtschaft ablöst und das Ruder noch kurz vor dem alles verschlingenden Mahlstrom herumzuwerfen vermag, kann nur eine frei von parlamentarischen Bindungen aufgestellte Regierung sein. Sie muss durch die Fachkenntnis und die Willensstärke der in ihr sitzenden Männer sich das Volksvertrauen erzwingen, verdienen. Es können nötigenfalls sogar Parlamentarier sein, aber sie dürfen nicht das Wohl einer Klasse oder einer Partei, sondern sie müssen das Wohl des deutschen Volkes über alles stellen.“

Nr. 9: Aus einem Zeitungsartikel⁸⁰ des Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und Pressechefs Alfred Hugenberg, Berliner Lokal-Anzeiger, 24.3.1929.

„Die Deutschnationalen bejahen den Begriff des Privateigentums, die Grundlage eines jeden staatlichen Lebens. Wir lehnen daher einen Pakt mit dem Sozialismus ab. Wir lehnen daher – als einzige große Partei Deutschlands – eine Regierungsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten ab. Nur die Unterstützung der anderen nichtsozialistischen Parteien gestattet der Sozialdemokratie ihre marxistischen Regierungsexperimente. Der Sozialismus ist die Vorstufe des Bolschewismus. Die Deutschnationalen sind daher das einzige Bollwerk gegen das Chaos.

Unsere Sache ist die Sache aller derjenigen Elemente, die den Kampf gegen das Chaos wollen. Macht man uns durch eine unvernünftige Regelung der Tributlasten (gemeint: der Young-Plan-R.Z.) den Kampf unmöglich, dann bricht das Chaos über Deutschland und damit über Europa herein und bringt schließlich die ganze zivilisierte Welt in Gefahr. Denn der Bolschewismus und Sozialismus ist nicht eine Besonderheit Russlands, sondern eine seelische Erkrankung der industriellen Menschheit, die unter Umständen auch über Ozeane springt wie die Grippe.“

Nr. 10: Aus der Diskussion des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 26.3.1929.⁸¹ Vorausgegangen war ein Referat des

⁷⁹ Die „Neue Preußische Zeitung“ stand den besonders reaktionären Kräften, die auf eine Wiederherstellung der Monarchie hofften, innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei und im Reichslandbund nahe.

⁸⁰ Zitiert nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1924-1929, Nr. 66, S. 101. Dieser Beitrag Hugenbergs wurde auch in anderen Zeitungen abgedruckt. Vgl. zur Bedeutung und zur Rezeption dieses Beitrags Thomas Mergel, Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus, S. 347f.

⁸¹ Die Gewerkschaften von der Stabilisierung zur Weltwirtschaftskrise 1928-1930, Halbbd. II, S. 1213ff.

Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Prof. Dr. Ernst Wagemann, zu Fragen der Lohnpolitik.

„Fritz Tarnow⁸²: Prof. Dr. Wagemann ist Diagnostiker am Krankenbett der Wirtschaft, aber der behandelnde Arzt ist der Wirtschaftspolitiker. Selbstverständlich können nicht mechanisch Löhne erhöht oder gesenkt werden. Gewiss, in der völlig freien Wirtschaft hätten Konjunkturschwankungen nicht eintreten können. Sie hat es freilich nie gegeben. Der menschliche Einfluss auf die Gestaltung der Wirtschaft ist immer da gewesen. Es hat eine konjunkturlose Wirtschaft in der kapitalistischen Ära nie gegeben. Die liberale Theorie passt nicht auf die kapitalistische Entwicklung. Die Produktion ist schneller gewachsen als die Absatzmöglichkeiten. Darauf ist der expansive Imperialismus zurückzuführen. Das Problem des Kapitalismus ist, die gesteigerte Produktivität richtig anzuwenden. Die frühere Methode, neue Absatzländer zu erschließen, ist nach dem Kriege nicht mehr anwendbar. Wir erleben eine rückläufige Kolonisationsbewegung. Wir müssen daher die Lösung des Problems innerhalb der nationalen Grenzen finden.

Prof. Wagemann sprach von der Bedeutung der Beweglichkeit der Löhne. Ins Praktische übersetzt bedeutet Beweglichkeit der Löhne für die Gegenseite des sozialen Kampfs Zerschlagung der Tariflöhne, da angeblich nur mit sinkenden Löhnen die Gestehungskosten gesenkt werden können. Entscheidend ist aber, dass die Gestehungskosten durch sinkende Löhne gar nicht entsprechend der Senkung der Löhne gesenkt werden können. Die sichere Wirkung einer solchen Aktion wäre bei gleich bleibenden Preisen eine Senkung der Kaufkraft, damit der Absatzmöglichkeit und der Produktion. In einer stark mit fixem Kapital durchsetzten Wirtschaft ist die Senkung der Löhne notwendig mit einem Ausfall an Kaufkraft verknüpft.(...)

Wir haben ein sehr einfaches Argument, das nicht entwertet werden kann. Der Sinn der Wirtschaft ist die Versorgung der Menschen mit dem, was sie notwendig gebrauchen. Eine Maschine, die nicht leistet, was sie soll, muss so konstruiert werden, dass sie es leistet. Diese Forderung muss auch an die Wirtschaft gerichtet werden. Die Arbeitsleistung auf den Kopf des Arbeiters ist auf vielen Gebieten gewaltig gestiegen. Mit den anderen Faktoren zusammen ohne Zweifel eine gewaltige Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität. Daher müssen wir verlangen, dass sich – gerade auch im kapitalistischen Interesse – diese Produktivität auswirkt. Die Forderung nach höherem Lohn ist nur eines der Mittel zu diesem Zweck.(...)

Nikolaus Bernhard⁸³ erklärte sich nicht einverstanden mit dem Gedanken, dass Lohnpolitik reine Wirtschaftspolitik sei. Sie ist Machtpolitik. Dem Arbeiter steht nicht nur das notwendige Stück Brot zu, er muss auch am Kulturaufstieg beteiligt werden. Im Baugewerbe ist der Lohnanteil am Gesamtprodukt gegenüber der Vorkriegszeit gesunken. Die Bauarbeiter werden von erneuten Lohnforderungen nicht ablassen, ihre höheren Löhne sind gerechtfertigt...Angesichts der starr ablehnenden Einstellung des Unternehmertums bleibt heute nur übrig, die Lohnpolitik als Machtpolitik zu betrachten. Nur starke Gewerkschaften können den wirtschaftsschädlichen Widerstand des Unternehmertums brechen.

Theodor Leipart⁸⁴: (...)Kollege Bernhard hat gesagt: Lohnpolitik sei Machtpolitik. Ich muss demgegenüber doch korrigierend feststellen: Lohnpolitik ist Wirtschaftspolitik. Der uns gegenüber von den Unternehmern erhobene Vorwurf, dass wir auf die Notwendigkeiten der Wirtschaft keinerlei Rücksicht nehmen, ist unberechtigt. Unsere Lohnpolitik ist nicht wirtschaftsschädigend, sondern wirtschaftsfördernd. Aber solange die Unternehmer den positiven Sinn der gewerkschaftlichen Lohnpolitik nicht verstehen, ist allerdings unsere Lohnpolitik notwendigerweise auch Machtpolitik.“

⁸² Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes und Reichstagsabgeordneter der SPD.

⁸³ Vorsitzender des Bauarbeiterverbandes und Reichstagsabgeordneter der SPD.

⁸⁴ Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Nr. 11: Prof. Dr. Max J. Wolff⁸⁵, Zur Psychologie der Arbeitskämpfe, in: Der Arbeitgeber. Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 19. Jg., 1929, Nr. 7, 1.4.1929, S. 187.

„Die einfachste Logik müsste das Bürgertum auf ihre (der Unternehmer-R.Z.) Seite ziehen, es müsste sich sagen, dass die Arbeitgeber einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung unterliegen, mit der es selbst auf Gedeih und Verderb verbunden ist, aber die Einsicht in diese Schicksals- und Interessengemeinschaft besteht nicht.(...)

Es sind zumeist Geistliche der beiden christlichen Konfessionen und Angehörige der akademischen Berufe, die sich zu Wortführern dieser Anschauungen aufwerfen und Sympathiekundgebungen für die ‚unglücklichen, geknechteten‘ Arbeiter vom Stapel lassen. (...)Wo in aller Welt gibt es die profitgierigen Unternehmer, die sich ein Vergnügen daraus machen, ihre Angestellten auszubeuten, die ihnen das Allernotwendigste zum Lebensunterhalt verweigern, nur um selber in Üppigkeit zu schwelgen?(...)

Man darf dabei nicht verkennen, dass weite Kreise des Bürgertums trotz sentimentaler Hinneigung zu den Arbeitern mit ihrer Weltanschauung auf dem Boden des Unternehmertums stehen, aber ihre Überzeugung ist nicht stark genug, um sie zu einer starken Stellungnahme zu veranlassen. Gegenüber der Fülle von sozialistischen Ideen, die täglich auf sie eindringen, fehlt ihnen die Sicherheit, mit ihren andersgearteten Meinungen hervorzutreten. Man fürchtet rückständig zu sein und noch mehr, als rückständig verschrien zu werden. Man hat keine Lust, eine verlorene Sache zu verfechten und überlässt dem Sozialismus das Feld, der zum Schluss Sieger bleibt, weil er durch Schaustellung seiner Siegesgewissheit selbst die Gegner zu hypnotisieren weiß.

Aber wie dem auch sei, die Tatsache ist, dass das Unternehmertum nicht von der Gunst der öffentlichen Meinung getragen wird. Und diese ist heute keine ‚quantité négligeable‘ (frz.: zu vernachlässigende Größe-R.Z.), sondern schon als moralische Stütze ein Faktor von größter Bedeutung.“

Nr. 12: Denkschrift des Reichswirtschaftsministers Dr. Julius Curtius (Deutsche Volkspartei) vom 9.4.1929, überreicht dem Staatssekretär im Reichspräsidentenamt, Dr. Otto Meißner, in: Bundesarchiv Berlin, R 601/296, Bl. 9f. u. 15f.

„Deutschland befindet sich seit einigen Monaten in der Konjunkturphase des Abschwungs. (...)Für sie (die Unternehmer-R.Z.) ist die Lage dadurch erschwert, dass Arbeitslöhne und die auf der Produktion ruhenden Steuer- und Soziallasten einen erheblich höheren Teil des Erlöses aus ihrem Absatz verzehren als vor dem Kriege. Dem Unternehmer ist dadurch die Disposition über den Ertrag der Wirtschaft weitgehend entzogen, ein Umstand der bei der noch schwachen Kapitalbildung ins Gewicht fällt.(...)

Im Durchschnitt gerechnet ist der Lebensstandard von 1913 im ganzen jedoch nicht erreicht, da insbesondere die frühere Rentnerschicht, weite Teile des Mittelstandes und der Landwirtschaft in gedrückten Verhältnissen leben. Wohl ist aber eine Nivellierung zu beobachten, vermöge der die arbeitende Bevölkerung mit einem größeren Anteil am Ertrag der Wirtschaft teilhat. Dies bringt für Deutschland zweifellos gewisse Gefahren, da ein allzu hoher Konsum die Kapitalbildung beeinträchtigt.

Man kann mit Recht die Frage aufwerfen, ob nicht ein geringerer Konsum und eine größere Sparquote für Deutschland günstiger seien. Für jeden Wirtschaftsstand gibt es ein gewisses Optimum in dem Verhältnis zwischen Verbrauch und Kapitalbildung. Zu starke Lohnerhöhungen können die notwendigen Investitionen der Wirtschaft hintanhaltend, weil über Lohnkonto weniger gespart wird als über Gewinnkonto. Die Auffassung, dass jedem Aufschwung der Wirtschaft eine Steigerung der Kaufkraft vorangehen müsse, ist bei einem kapitalarmen Lande wie Deutschland nicht richtig. Trotzdem nun zur Zeit das ‚Optimum‘ zu Ungunsten des Unternehmers verschoben ist, kann zwar von einzelnen Wirtschaftszweigen,

⁸⁵ Bei dem Autor handelte es sich um einen studierten Juristen, der als Professor für Literaturgeschichte an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin lehrte

nicht aber vom Ganzen der Wirtschaft gesagt werden, dass der Überkonsum auf Kosten der bestehenden Substanz geht.“

Nr. 13: Walther Funk, Deutschlands wirtschaftliche und soziale Erneuerung, in: Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 207, 5.5.1929.

„Wir treiben seit Jahren eine Wirtschafts- und Sozialpolitik gegen die Vernunft und gegen die menschliche Natur. Das einzige Ziel dieser Politik ist das Parteiinteresse.(...)Das kapitalistische Wirtschaftssystem gibt durchaus die Möglichkeit, die Menschen glücklich zu machen und die materiellen und kulturellen Güter zu mehren.(...)

Wir müssen dem Volke den Weg zur Arbeitsfreude zeigen, wir müssen das Volk zum individualistischen Wirtschaftsprinzip erziehen und wir müssen auch die Voraussetzungen schaffen für ein erfolgreiches Streben nach Privateigentum.(...)Unter dem heutigen System kann der Arbeiter nicht sparen, wohl aber der Arbeitslose. Der Gesunde zahlt heute für den Kranken, der Starke für den Schwachen, der Fleißige für den Faulen. So entsteht geradezu eine Rentenhysterie im deutschen Volk.“

Nr. 14: Prof. Dr. Herbert v. Beckerath⁸⁶, Politische Ideen und Wirtschaftsverfassungen heute im internationalen Vergleich, Berlin 1929 (Schriften der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Heft 18), S. 43f. u. 45.

„Der aus der modernen industriellen Technik, der Notwendigkeit des Arbeitens mit einem gewaltigen Apparat sich ergebende sachliche Zwang zu schärfster Disziplin, zu Führerschaft und Gefolgschaft in der Wirtschaft, steht in diametralem Gegensatz zu einer politischen Auffassung, welche infolge des Mangels einer anerkannten Aristokratie und des Deutschland eigentümlichen, an sich keineswegs notwendigen Begriffs von Demokratie, jede Hierarchie, jede freiwillige Unterordnung unter Autorität, jede Führerschaft und Gefolgschaft ablehnt.(...) Desorientiert und falsch eingestellt...gleitet das deutsche Volk ahnungslos in die Gefahr zu hohen Konsums und zu geringer Kapitalbildung hinein und wütet mit einer nicht selten vexatorisch (quälerisch-R.Z.) als wirtschaftlich oder politisch oder kulturell fruchtbaren Politik der Staatseingriffe in die Wirtschaft gegen das kostbare Gut der Arbeitsfreude und Gestaltungslust schöpferischer Persönlichkeiten.“

Nr. 15: Josef Wünsch⁸⁷, Grenzen der Sozialpolitik, Leipzig 1929 (Wirtschaftspolitische Zeitfragen, 6. Heft), S. 94f.:

„Die Sozialpolitik darf nicht die guten, das heißt die als persönlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Auftrieb wirkenden Kräfte des Individualismus, der Selbstverantwortung und des Eigennutzes in den von ihr betreuten Schichten erdrücken und erschlagen.(...)

Eine nationale Sozialpolitik, die von der Erwartung jedes einzelnen getragen wird, die Allgemeinheit sei grundsätzlich verpflichtet, ausreichend für ihn zu sorgen, weil er existiere, im Daseinskampf versage oder Unglück habe, zerstört eine Nation allmählich, wenn das soziale System nicht gleichzeitig scharfe Anforderungen an den Menschen stellt und ihn zu größerer Verantwortung, größerer Hingabe an das Ganze und erhöhter Leistung erzieht.“

Nr. 16: Prof. Dr. Georg Mehlis⁸⁸, Faschismus und Gruppengemeinschaft, in: Der Arbeitgeber. Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 19. Jg., 1929, Nr. 11, 1.6.1929, S. 306f.

⁸⁶ 1914 Habilitation in Freiburg i. Br., anschließend Professor für Nationalökonomie in Karlsruhe, Tübingen und Bonn.

⁸⁷ Promovierter Nationalökonom; Wirtschaftsjournalist, vor allem für die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und die „Kölnische Zeitung“ tätig; Mitglied der Deutschen Volkspartei, seit 1929 der Deutschen Demokratischen Partei bzw. Staatspartei, für die er von 1930 bis 1932 ein Mandat als Reichstagsabgeordneter wahrnahm.

⁸⁸ Professor für Philosophie in Freiburg i. Br., seit 1924 als Privatgelehrter in Italien tätig.

„Nach Mussolini ist der Gegensatz von Arbeitgeber und Arbeitnehmer kein prinzipieller, der in Feindschaft und Gegnerschaft übergehen müsste, sondern beide sind durch den Gedanken der Arbeit, der Leistung, des Werkes verbunden. Der Arbeitgeber als Führer ist Vorarbeiter und Hauptarbeiter, und die Arbeitnehmer folgen ihm nach.(...)Das Angesicht der Arbeit wird entstellt durch die Theorie des Klassenkampfes, und so hat der faschistische Staat seine ganze Kraft dafür eingesetzt, dass diese Lehre unwirksam gemacht und ein dauernder Arbeitsfriede hergestellt wird.(...)Wir möchten darauf hinweisen, dass die Herstellung einer wahren Gruppengemeinschaft im staatlich-sozialen Leben die höchste Zielstellung des Duce ist und dass die Erfüllung des wirtschaftlichen Lebens mit moralischen Kräften die erste wichtige Etappe auf dem Wege der Erreichung eines so hohen staatlichen Zieles darstellt.“

Nr. 17: Waffen für den Klassenkampf! Beschlüsse des XII. Parteitages der KPD (8. bis 15. Juni 1929), Berlin o.J. (1929), S. 15f.

„Der deutsche Imperialismus befindet sich vor einer entscheidenden Zuspitzung aller Widersprüche der letzten Jahre, die ein solches Ausmaß angenommen haben, dass sie zur gewaltsamen Entladung drängen. (...)

Das ökonomische Ziel des Unternehmertums ist die Senkung der Produktionskosten, um die drohende Wirtschaftskrise durch Steigerung und Verbilligung des Exports abzuschwächen. Das politisch-strategische Ziel des Unternehmertums, das in der Aussperrung an der Ruhr besonders klar hervortrat, ist die Niederwerfung des Proletariats, die Zerschmetterung seiner Kampfkraft am Anfang einer aufsteigenden Welle großer proletarischer Kämpfe.(...)

Die Bourgeoisie greift immer mehr, immer bewusster, immer rascher zu faschistisch-diktatorischen Methoden der Verteidigung ihrer Klassenherrschaft gegen das Proletariat. Die Liquidierung der Überreste der bürgerlichen Scheindemokratie ist eingeleitet. Die Errichtung der unverhüllten, von den formal-demokratischen Schranken befreiten Diktatur des Finanzkapitals wird auf die Tagesordnung gestellt.“

Nr. 18: Dr. med. E. Liek, Die Krise der deutschen Sozialversicherung, in: Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 309, 6.7.1929.

„Der schwerste, eigentlich der einzige Einwand, den ich der Versicherung mache: sie schädigt, ja vernichtet den Genesungswillen, die Arbeitslust, den Sparsinn.(...)

Wir Ärzte haben, als wir uns in den Dienst der Versicherungen stellten, eines nicht bedacht: Eine ersprießliche Arbeit ist uns nur möglich, wenn nicht nur bei uns, sondern auch bei den Kranken der gute Wille und das Vertrauen vorhanden sind. Diese wichtigsten seelischen Werte als Vertrauen, Gesundheitswillen, Arbeitslust, Sparsinn usw. hat die deutsche soziale Gesetzgebung gründlich zerschlagen. Jetzt stehen wir vor dem Chaos.“

Nr. 19: Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 351, 31.7.1929, Vorbereitung zum Umsturz.

„Der Unterschied zwischen den Sozialdemokraten, die in der deutschen Regierung tonangebend sind, und den Kommunisten, die im Kampfe keinen Pardon geben wollen, ist nur eine leichte Nuance in der Form der Betätigung, eine kleine Abweichung auf dem Weg zum Ziele. Das Ziel ist beiden gleich. Schlafende Bürger, wann wacht ihr endlich auf?“⁸⁹

Nr. 20: Georg Müller-Oerlinghausen⁹⁰, Das Arbeitsethos des Arbeitgebers, in: Der Arbeitgeber. Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 19. Jg., 1929, Nr. 16, 15.8.1929, S. 447f.

„Dieses Bewusstsein der eigenen Kraft, die Notwendigkeit der schnellen Entschlüsse, das unbeschränkte Disponieren über die verfügbaren Mittel, bedingen bei den Erfolgsmenschen

⁸⁹ Mit gleicher Tendenz: Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 530, 12.11.1929: „Jawohl, Diktatur des Proletariats“.

⁹⁰ Der Autor war stellvertretender Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und Vorsitzender der Fachgruppe Texteilindustrie des RDI.

als Arbeitgeber nun auch das unbedingte Verlangen nach unbedingter Gefolgschaft. Kraft seiner Aufgabe ist der Arbeitgeber geboren zum Autokraten im besten Sinne, er ist der Feind kollegialer Entscheidungen, weil er in seinen Entscheidungen keine Kompromisse dulden kann, die den Entschluss verlangsamten oder in seiner Konsequenz gefährden.(...)

Die dem Arbeitgeber vom Staat auferlegte Bindungen werden ertragen in dem Gefühl dafür, dass die Arbeit des Unternehmers nicht nur den eigenen Arbeitern, sondern der Gesamtheit zu dienen hat.(...)Dem Arbeitgeber muss es, je näher er dem Einzelschicksal der Arbeiter steht, um so schwerer werden, zu sehen, wie sich zwischen ihm und dem Arbeiter in der Frage der Arbeitsbedingungen eine Distanz von zwangsläufig nivellierender Wirkung einschiebt.(...)

Der Gedanke, dem Schwachen zu helfen, wird überwuchert durch den Berechtigungswahnsinn, der ohne Rücksicht auf eigenes Vermögen dem Menschen die Sorge für die Zukunft abnimmt und statt des Schwachen den Faulen beschützt.“

Nr. 21: Dr. Carl Wellthor, Radikale Wirtschaftstaktik, in: Der Arbeitgeber. Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 19. Jg., 1929, Nr. 17, 1.9.1929, S. 476ff.

„Da die Kommunisten Hunderttausende von Anhängern und Millionen von Mitläufern haben, und da ihre Propaganda in dem Maße Erfolg zeitigt, wie sich die allgemeine wirtschaftliche, finanzielle und soziale Lage in Deutschland verschärft, wird man ihr Aufmerksamkeit schenken müssen.(...)

Die Misserfolge Deutschlands auf den Gebieten der Außen- und Finanzpolitik, das Herumdoktern der Regierung und ihrer Koalition an der Reform der Arbeitslosenversicherung und das Stocken der Erneuerungsarbeit im Innern geben der kommunistischen Bewegung in der Wirtschaft und in den einzelnen Betrieben unzweifelhaft gewisse Chancen. Demgegenüber ist das, was zur Bekämpfung der wirtschaftsstörenden, ja wirtschaftszersetzenden Propaganda der Kommunisten geschieht, mehr als dürftig. Ein wirklicher Kampf wird nur...von den freien Gewerkschaften geführt. Aber dieser Kampf ist ein Kampf um die Führung und um die materiellen Machtmittel der freigewerkschaftlichen Organisation. Er ist allenfalls auch ein Kampf gegen die zersetzenden Einflüsse innerhalb der Organisation.(...)

Die Missionsarbeit, die nach den neuen radikalen Parolen des Moskauer EKKI⁹¹ verstärkt geleistet werden soll, wird sich bei jeder Tarifvertragsverhandlung, bei jeder Novelle zur Sozialpolitik und auch in der praktischen wirtschaftlichen Arbeit in den Betrieben geltend machen und darf daher nicht als quantité négligeable behandelt werden.“

Nr. 22: Aus der Rede des Reichstagsabgeordneten Hans Schlange-Schöningen⁹² (DNVP) am 27.10.1929 in Stettin, in: Bundesarchiv Berlin, R 8034 II/ 4333, Bl. 24.

„Die rote Diktatur, der alle Mittel recht sind zur Verwirklichung ihrer klassenkämpferischen Ziele, steht als blutrotes Fanal über dem politischen Himmel Deutschlands. Nur wenn das gesamte nationale Bürgertum einig wie ein Mann aufsteht und die Sozialdemokratie stürzt, wird es besser werden in deutschen Landen.(...)Bei diesem Wirtschaftselend kann es ja gar nicht anders sein, dass täglich immer mehr Menschen auf der Straße liegen. (Zuruf: ‚In die Kasernen damit!’) Wir stehen in der Tat heute in einer fast ungehemmten sozialdemokratischen Diktatur.“

⁹¹ Gemeint ist das X. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI), das im Juli 1929 in Moskau stattfand. Vgl. Dokumente zur deutschen Geschichte 1924-1929, Nr. 70, S. 104f.

⁹² Schlange-Schöningen lebte als Gutsbesitzer in Pommern. Er gehörte seit 1921 auch dem Preußischen Landtag als Abgeordneter an. 1930 verließ er wegen unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten mit Alfred Hugenberg die DNVP. Nach 1945 war er unter anderem Bundestagsabgeordneter der CDU und (bis 1955) Botschafter der BRD in London.

Nr. 23: Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Ernst Oberfohren⁹³ (DNVP) zu Steuerreformplänen auf der Tagung des Arbeitsausschusses Deutschnationaler Industrieller⁹⁴ in Kassel am 21.11.1929, in: Bundesarchiv Berlin, R 8005/54, Bl. 26 u. 30.

„Ganz besonders heute muss Ausgangspunkt jeder Betrachtung über steuer- und finanzpolitische Reformpläne der Gedanke der Privatwirtschaft sein, deren ethische Grundlage vorwiegend die persönliche Leistung ist. Die Privatwirtschaft ruht auf dem Prinzip, dass es dem Träger der Individualwirtschaft möglich sein muss, sich durch Leistung Kapital zu erwerben und über dieses Kapital zu verfügen. Die praktische Forderung auch für Zeiten hoher steuerlicher Belastungsnotwendigkeiten muss daher sein, dass der Fiskus auch in solchen Zeiten den letzten Sinn der Steuern, Förderung der Volkswirtschaft unter Aufrechterhaltung des Privateigentums, nicht ausschalten darf, d.h. dass das seine wirtschaftliche Bestimmung erfüllende Kapital pfleglich behandelt werden muss.(...)

Die ganze deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik muss deshalb auf absehbare Zeit von dem Gedanken der Kapitalbildung und –neubildung beherrscht sein.(...)

Hauptziel der Steuerpolitik nach deutschnationaler Auffassung bleibt deshalb die Anpassung der finanziellen Bedürfnisse der öffentlichen Hand an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.“

Nr. 24: Aufruf des Reichslandbundes zum Volksentscheid gegen den Young-Plan vom 11.12.1929, in: Bundesarchiv Berlin, R 8005/77, Bl. 8ff.

„Indem der deutsche Bauer an diesem Tage die richtige Antwort nicht schuldig bleibt, stellt er das deutsche Volk in seiner Gesamtheit vor die klare Frage: Deutsche Führung oder marxistische Diktatur?(...)Es empfiehlt sich, die Arbeitgeber in Stadt und Land dazu zu veranlassen, dass sie denjenigen Arbeitsmännern am Montag, den 23. Dezember, also dem Tage nach dem Volksentscheid, etwa den halben Tag frei geben, die am goldenen Sonntag mit Rücksicht auf ihre Stimmpflicht beim Volksentscheid keine Einkäufe machen konnten. (...)Durch den von der Regierung angewandten Terror ist unser außenpolitischer Kampf gegen die Versklavung durch den Young-Plan zugleich zur Entscheidung darüber geworden, ob das deutsche Volk das heutige System der sozialistischen Diktatur, das von Tag zu Tag immer unverhüllter hervortritt – mit seinen Folgeerscheinungen von Gottlosigkeit, Schiebertum, Untreue und wirtschaftlicher Verelendung – länger dulden will oder nicht.(...)Wir müssen nur unbedingt zusammenstehen, um dieser sozialistischen Diktatur den Garaus zu machen, die lieber das ganze Volk versklaven lässt, um nur ihre Misswirtschaft fortsetzen zu können.“

⁹³ Oberfohren, von Beruf Studienrat, war Fraktionsvorsitzender der DNVP und einer der am meisten engagierten Gefolgsleute Alfred Hugenberg

⁹⁴ Vorsitzender des Arbeitsausschusses war der schon mehrfach erwähnte Berliner Großindustrielle Ernst von Borsig.